

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkaturen und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Welsbinden) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeb.,
bei Bezugnahme unter Kreuzband M. 1,40).

Herausgeber: Johann Stanting,
verantwortlicher Redakteur: Fritz Baepson, beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 16, 1. Etage.

Anzeigen
für die dreieinhalb Seiten oder deren Teile M. 80,-.
Postkatalog Nr. 8181.

Inhalt: Die Rechnungsergebnisse der Baugewerks-Berufsgenossenschaften für das Jahr 1897. — Rundschau. Sozialpolitik im Reichstage. — Baugewerbliches. Die Londoner Bauarbeiter und ihre Arbeitsleistung. — Bahnbewegungen und Streiks. Aus Österreich. — Aus unserer Bewegung. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefkasten.

Ausgesperrt
sind die Verbandskollegen in Pyritz i. Pommern.

Im Streik
befinden sich die Kollegen in Teterow und Neu-
münster.

Sperren sind verhängt
über die Bauten der Unternehmer Weller, Lampé
und Rechler in Eidelstedt, Brinkmann in Stel-
lingen für den Bauamt Langenselbe-Stellingen-
Eidelstedt, Koch in Wandelsbek, Joh. Olde in
Heide i. Holst., Schmitz in Friedrichsfelde,
Lebs in Barth, Bullermann in Münster i. W.,
Häfner & Florat in Rath und sämtliche Bauten
des Unternehmers Eicholtz in Düsseldorf, haupt-
sächlich „Schwabenbräu“, Maschinenbau-Aktien-
gesellschaft Gustavburg b. Mainz.

Außerdem ist Zugang fern zu halten von Flensburg.

53 Jahre Buchthaus und 8 Jahre Gefängnis

verhängte das Dresdner Schwurgericht über neun von elf wegen eines im Sommer vorherigen Jahres in Lößnitz begangenen Bauarbeiter-Straffalls und dieserhalb wegen Landfriedensbruchs angeklagten Arbeitern. Zwei wurden freigesprochen. Es erhielten Strafe: einer zehn, einer neun, einer acht, zwei je sieben, zwei je sechs Jahre Buchthaus, zwei je vier Jahre Ge-
fängnis. Sieben der Verurteilten sind Familientäter.

Die Aera des Buchthaus ist weit bereits ihre Schatten vorau. Diese ungemeine Strafe für ein Vergehen, das nicht durch die Angestalten, nicht durch die streitenden Arbeiter, sondern durch einen schiefslustigen arbeitswilligen Politiker veranlaßt wurde, ein Vergehen, durch das Niemandem Schaden an Leib und Leben zugefügt worden ist, eine Schlägerei, wie sie künftiger Weise oft genug zwischen Bugehörigen der „besseren Gesellschaft“ verübt wird, ohne auch nur annähernd mit so ergordlichen Strafen belegt zu werden!

Wir werden in nächster Nummer unseres Blattes auf diesen mehr als nach einer Richtung hin ausschlagenden Prozeß noch näher eingehen.

Die Rechnungsergebnisse der Baugewerks- Berufsgenossenschaften für das Jahr 1897.

I.

Dem Reichstage ist die Nachweisung über die gesammelten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1897 — die 18. Rechnungsperiode der gesetzlichen Unfallversicherung — zugegangen. Die hauptsächlichsten allgemeinen Angaben daraus bringen wir in georderter Zusammenfassung, während die anliegende Übersicht sich speziell mit den die Baugewerks-Berufsgenossenschaften betreffenden Feststellungen beschäftigt.

* * *

Die Zahl der Baugewerks-Berufsgenossenschaften hat sich nicht verändert; sie beträgt, einschließlich der Tiefbau-Berufs-

genossenschaft, 18. Auch ihre Organisation ist, wie die aller anderen, dieselbe geblieben. Eine Sektionseinheit, haben nur die Württembergische, bis Bayerische und die Tiefbau-Berufsgenossenschaft nicht; die übrigen umfassen 52 Sektionen, von denen die höchste Ziffer 8, auf die Rheinisch-Westfälische entfällt. Jede der Sektionen hat ein Schiedsgericht. Die Zahl der Arbeiterschreiter belief sich auf 508, denen — abgesehen von den Mitgliedern der Genossenschaftsverbände, der Sektionsverbände, der Delegierten zur Genossenschaftsversammlung und den angestellten Beamten — 2078 Vertrauensmänner der Unternehmer gegenüber standen.

Die 18 Berufsgenossenschaften wiesen 156 295 Betriebe auf mit zusammen 1 189 154 durchschnittlich beschäftigten und versicherten Arbeitern und Betriebsbeamten.

Auf die einzelnen Genossenschaften verteilen sich diese Ziffern wie folgt:

Berufsgenossenschaften	Seitende	Vorherige
Hamburgische Baugewerks-B.-G.	10142	47212
Nordfälische Baugewerks-B.-G.	18444	154780
Schlesisch-Polenische Baugewerks-B.-G.	7698	85877
Hannoverische Baugewerks-B.-G.	15846	80848
Magdeburgische Baugewerks-B.-G.	5619	92883
Sächsische Baugewerks-B.-G.	11658	124602
Thüringische Baugewerks-B.-G.	5088	31580
Hessen-Nassauische Baugewerks-B.-G.	13148	59987
Rheinisch-Westfälische Baugewerks-B.-G.	19857	146624
Württembergische Baugewerks-B.-G.	15928	21852
Bayerische Baugewerks-B.-G.	18782	92918
Südwürttembergische Baugewerks-B.-G.	10074	58068
Tiefbau-B.-G.	9771	182996

Wie hoch sich die Zahl der durchschnittlich beschäftigten eigentlichen Baunarbeiter in den 156 295 Betrieben befindet, ist aus den amtlichen Angaben nicht ersichtlich, da in den Generalstatistiken auch die der Betriebsbeamten enthalten ist. Um erste Zahlen festzustellen, müßte man die der leichten Gruppe fernhalten. Daß geben wir nicht fehl mit der Annahme, daß mindestens 850 000 baugewerbliche Baunarbeiter in Mitleidung zu stellen sind. Man vergleiche mit dieser Zahl die der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Baugewerbes, und man wird ermessen können, in welchem Maße die bestreitenden Organisationen noch mit dem Indifferenzmaß aus großer Masse der Berufsgenossen zu thun haben.

Die für die Beitragsberechnung in Anfahrt zu bringenden Beträge der Löhne und Gehälter der in den baugewerblichen Betrieben verhüllten Personen ergeben folgende Summen:

Hamburgische Baugewerks-B.-G.	M. 8428859
Nordfälische Baugewerks-B.-G.	108003590
Schlesisch-Polenische Baugewerks-B.-G.	46457160
Hannoverische Baugewerks-B.-G.	51967164
Magdeburgische Baugewerks-B.-G.	26212361
Thüringische Baugewerks-B.-G.	8765171
Hessen-Nassauische Baugewerks-B.-G.	18189180
Rheinisch-Westfälische Baugewerks-B.-G.	42949181
Württembergische Baugewerks-B.-G.	11017895
Bayerische Baugewerks-B.-G.	23149181
Südwürttembergische Baugewerks-B.-G.	59458830
Tiefbau-B.-G.	385599688
	88010518

Das ergibt zusammen eine Summe von nahezu 736 Millionen Mark. Es ist dannach, pro Kopf der verhüllten Personen im Durchschnitt ein Lohnbetrag von etwa M. 620 in Anrechnung gebracht worden.

Die amtliche Nachweisung hebt „zur Vermehrung von unzureichenden Schlüssen“ hervor, daß die für die gewerblichen Berufsgenossenschaften eingestellten Lohnbeträge sich mit den wirklich gezahlten Löhnen nicht decken; es handelt sich nicht um die Aufstellung einer Lohnstatistik, sondern um den Nachweis der für die Berechnung der Beiträge wichtig „anrechnungsfähigen“ Löhne ic. Nach gesetzlicher Bestimmung wird als „anrechnungsfähiger“ Lohn ic. der M. 4 für den Arbeitstag übersteigende Lohnbetrag nur mit einem Drittel herangezogen, während andererseits für jugendliche und nicht ausgebildete Arbeiter der ortsübliche Tagelohn angelegt wird. Nur bei der Tiefbau-Berufs-

genossenschaft findet eine Reduktion der M. 4 für den Arbeitstag übersteigenden Löhne bei der Beitragsberechnung nicht statt.

Sonach kann der die „anrechnungsfähigen“ Löhne ic. bestreitende Nachweis allerdings nicht als eine Lohnstatistik im strengen Sinne des Wortes gelten; aber er ermöglicht immerhin richtige Schlüsse auf das Lohnverhältnis, auf die Höhe der Löhne.

Nehmen wir für jede der in den baugewerblichen Betrieben verstreuten Personen 260 Arbeitstage im Jahre an. Würde der Lohn jeder dieser Personen durchschnittlich oder durchweg M. 4 pro Tag betragen (der Lohnsatz, der nach gesetzlicher Bestimmung soll in Anrechnung zu bringen ist), das ist für 260 Arbeitstage M. 1000, so müßte die Summe der „anrechnungsfähigen“ Löhne sich auf über 1189 Millionen Mark erhöhen. Nach der amtlichen Nachweisung beträgt sie aber nur 736 Millionen Mark. Ein deutlichere Konstaterung der Tatsache, daß die erheblichen Mehrheiten der baugewerblichen Arbeitnehmer einen unter M. 4 sich hallenden Tagelohn hat, kommt es garnicht geben. Die Löhne über M. 4 entfallen auf eine verhältnismäßig kleine Minorität dieser Arbeiter in den großen Städten und auf den größeren Theil der Betriebsbeamten. Das wirkliche Durchschnitts-Arbeitseinkommen der baugewerblichen Arbeiter, welches wir des Dexters auf M. 700 pro Jahr berechnet haben, kommt in den amlich nachgewiesenen 736 Millionen Mark „anrechnungsfähiger“ Löhne ganz korrekt zum Ausbruch. Wir können daraus einen Durchschnitts-Lohnbetrag von etwa M. 650 berechnen. Es ist immer zu berücksichtigen, daß die Lohnsumme der „anrechnungsfähigen“ Löhne aus solchen Lohnbeträgen resultiert, die bis zu M. 4 pro Tag gehen und voll in Anrechnung gebracht werden. Der Handelsfluß also, den wir aus diesem Theile der amtlichen Nachweisung zu ziehen haben, ist daß die Löhne der baugewerblichen Arbeiter Deutschlands fast durchweg geradezu schlecht und ungenügende sind.

Die Baugewerks-Berufsgenossenschaften und die Tiefbau-Berufsgenossenschaft hatten zusammen an Einnahme M. 22 203 887, an Ausgabe M. 12 170 657. Schäß dieser Berufsgenossenschaften, sind mit ihren Einnahmen hinter den Ausgaben zurückgeblieben: die Nordfälische mit M. 2486 816 gegen M. 2 557 840; die Schlesisch-Polenische mit M. 688 814 gegen M. 769 671; die Magdeburgische mit M. 288 718 gegen M. 889 618; die Hessen-Nassauische mit M. 586 407 gegen M. 640 172; die Rheinisch-Westfälische mit M. 1 588 421 gegen M. 1 401 523; die Bayerische mit M. 1 262 260 gegen 1 298 917. Bei allen übrigen Übersteigen die Einnahmen die Ausgaben; die Tiefbau-Berufsgenossenschaft rechnet mit einer Einnahme von M. 11 840 867 und einer Ausgabe von M. 1 877 878, also mit einem Überschuß von nahezu zehn Millionen.

Unter den Ausgaben stehen oben folgende Entlastungsbeträge:

Hamburgische Baugewerks-B.-G.	M. 492861,62
Nordfälische Baugewerks-B.-G.	1558384,82
Schlesisch-Polenische Baugewerks-B.-G.	571801,87
Hannoverische Baugewerks-B.-G.	523151,02
Magdeburgische Baugewerks-B.-G.	243377,98
Sächsische Baugewerks-B.-G.	688189,31
Thüringische Baugewerks-B.-G.	191464,11
Hessen-Nassauische Baugewerks-B.-G.	480173,01
Rheinisch-Westfälische Baugewerks-B.-G.	1029189,67
Württembergische Baugewerks-B.-G.	276939,15
Bayerische Baugewerks-B.-G.	1139707,89
Südwürttembergische Baugewerks-B.-G.	415028,25
Tiefbau-B.-G.	1409178,-

Diese Entlastungsbeträge sehen sich zusammen aus Mieten an Verleihen, Kosten des Heilverfahrens, Beerdigungskosten ic.

Es kommen dann zunächst hinzu die Ausgaben für Unfalluntersuchungen, Schiedsgerichte und Unfallverhütung. In welchem Maße die einzelnen Baugewerks-Berufsgenossenschaften solche Auswendungen gemacht haben, wird ersichtlich aus folgender Tabelle:

Berufsgenossenschaften	Kosten der Unfall- unter- suchungen und der Gefährdung der Ent- schädigungen	Schiess- gerüstkosten	Unfallverhütungskosten			
			Schiess- überwachung	Kosten bei Erfas- sung	Prämien	Zusammen
			Betriebe	Unfallver- hütungs- vor- schriften	zur Rettung Erkrankter u. für Almosen, sowie Unfallsfallen, so wie Kosten d. Fürsorge für Verstorbene und der ersten 15 Wochen nach dem Unfall	
M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Hamburgische Baugewerks-B.-G.	12070,65	7624,57	80,-	—	856,79	886,79
Nordostliche Baugewerks-B.-G.	61788,05	50391,98	12044,58	—	11887,44	28682,02
Schlesisch-Polnische Baugewerks-B.-G.	20475,48	10832,85	99,55	—	1038,89	1123,44
Hannoversche Baugewerks-B.-G.	20237,41	11878,08	1100,—	480,63	1508,11	3032,74
Magdeburgische Baugewerks-B.-G.	4998,91	5688,22	89,30	—	—	89,30
Sächsische Baugewerks-B.-G.	28787,29	10984,42	19084,58	100,74	1708,88	20882,09
Thüringische Baugewerks-B.-G.	5659,77	3853,09	—	60,—	506,18	666,18
Hessen-Nassauische Baugewerks-B.-G.	17419,48	8832,77	5950,58	149,75	992,55	7072,91
Rhein-Westfälische Baugewerks-B.-G.	28901,02	15760,01	788,82	91,20	8068,92	2878,44
Württembergische Baugewerks-B.-G.	7649,62	2847,19	9560,18	—	109,18	9669,38
Bayrische Baugewerks-B.-G.	32929,08	4742,93	7974,50	249,80	1094,89	9318,69
Südwürttem. Baugewerks-B.-G.	15521,40	8286,28	8182,53	280,—	1005,61	9468,14
Tiefbau-B.-G.	41165,04	20289,43	88181,27	7,50	87666,86	75844,68

Auffallend ist der gewaltige Unterschied in der Höhe der für die Betriebs-Überwachung aufgewendeten Mittel. Völlig gerling erscheinen die von der Hamburgischen, der Magdeburgischen und Schlesisch-Polnischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft verausgabten Summen von M. 80, 89 und 91. Auch die höheren, selbst die höchsten der für Betriebs-Überwachung angelegten Kosten lassen erkennen, was diese „Überwachung“ durch die Berufsgenossenschaften zu bedeuten hat. Man vergleiche damit die Zahl der versicherten Betriebe, welche jede einzelne dieser Berufsgenossenschaften umfasst. Die Gesamtzahl der Betriebe beläuft sich, wie mitgetellt, auf 188 295. Und die Gesamtsumme der für Betriebs-Überwachung gemachten Ausgaben beträgt M. 108 085!

Die Nachweise über die laufenden Verwaltungskosten bieten ein anderes Bild. Diese betragen bei den einzelnen Baugewerks-Berufsgenossenschaften:

Hamburgische Baugewerks-B.-G.	98168, davon Beamtengehalter M. 48455	150009
Nordöstliche...	271181	48618
Schles.-P.-G.	88218	—
Hannoverische...	111037	54503
Magdeburg...	63467	80526
Sächsische...	146285	88665
Thüringische...	87887	17484
Hess.-Nass...	88208	89149
Rhein.-Westf...	124069	62828
Württemberg...	85150	20459
Bayrische...	91817	54901
Südwürttem...	64289	80566
Tiefbau...	207490	107897

Auflage auf Beamtengehalter sind die laufenden Verwaltungskosten vereinheit auf Neukosten und Tagesgehalter der Genossenschafts- und Sekretär vorstande, der Delegierten zu den Genossenschaftsversammlungen und den Beamten, sowie auf Postalmethe, Heizung, Beleuchtung, Schreibmaterial, Drucksachen, Insertionskosten, Porto x.

Nachstehend geben wir die amliche Verhältnisberechnung für die laufenden Verwaltungskosten der hierfür uns in Betracht kommenden Berufsgenossenschaften im Jahre 1897:

Schiess- gerüstkosten	Überwachung	Kosten bei Erfas- sung	Prämien	Zusammen
			zur Rettung Erkrankter u. für Almosen, sowie Unfallsfallen, so wie Kosten d. Fürsorge für Verstorbene und der ersten 15 Wochen nach dem Unfall	
			Kosten d. Fürsorge für Verstorbene und der ersten 15 Wochen nach dem Unfall	

derselben Tag hingang, und den Gütesbesitzer auch im Pferdestall mit der Dünnergabel in der Hand antrof. Auch jetzt befand sich sein Lohn nicht. Wache, daß Du raus kommst, sonst schmeiß ich Dich raus", hieß es. Außerdem wurde ihm mit Klage wegen Haussiedensbruches gedroht. Ich gehe sofort, wenn ich mein Geld habe, erwiderte der Wagnier. Nun habe ich es zu einem Vorfall, wobei der Gütesbesitzer den Arbeiter erst mit starken Gabelstiel in's Gesicht schlug und ihm dann die Dünnergabel selbst in den Kopf durch den Schädelknöchen stieß. Zwei Tage darauf stand der Arbeiter an den Verleihungen. Der Angeklagte bestritt jede Schuß (!), der Arbeiter sei betrunken gewesen und selbst in die Gabel hingelaufen. Sche kennzeichnen ist es, daß der Angeklagte eine Verlautbarung, ganz gründlich wegen Brandstiftung und wegen sozialdemokratischer Gesinnung denunziert hat. Die Vereinsaufnahmen erfuhren auf fahrlässige, nicht nach der Anlage auf vorsätzliche Täuschung. Die Wichte kam mit zwei Jahren Gefängnis davon.

* "Ausschreitungen arbeitsunwilliger Arbeiter müssen unter allen Umständen bestraft werden. Wo steht der bekannte Groß-Hilfungs-Paragraph nicht ausreichend, da hilft unter Umständen eine drastische Polizeiverordnung. Die Maurer Dollnaff und Predefeld waren durch Schöffengericht Berlin II zu je M. 4 Strafe wegen Verlängerung grobem Unfug verurtheilt worden. Es war nämlich als erwiesen angenommen worden, daß sie Streikposten gefangen hätten. Dagegen hatten sie Verleihung eingeleitet. Im August p. J. war auf dem Wallerischen Neubau in Holzensee ein Maurerstreik ausgebrochen. Auf dem Henriettenplatz in der Nähe des Bahnhofes waren auch Streikposten aufgestellt worden. Ein Gendarmer hat nun auch die beiden Angeklagten dort stehen sehen, hat sie aufgeschrieben und angezeigt. Das Schöffengericht hatte angenommen, daß durch die Streikposten die Arbeitsunwilligen beunruhigt würden und hatte darum den groben Unfug gefunden. Die Angeklagten bestritten entschieden, Streikposten gestanden zu haben; sie seien Arbeit suchen gegangen, hätten sich dort zufällig begegnet und über ihre Arbeitsausübung unterhalten.

Das Berufungsgericht, die Strafammer IV des Landgerichts Berlin II, nahm auch nicht groben Unfug an, wohl aber eine Übertretung der drastischen Polizeiverordnung vom 9. August 1895, wodurch das lange Unterstehen mehrerer Menschen auf dem Bürgersteig mit Strafe bedroht. Für diese Übertretung sei die vom ersten Richter erfaute Strafe angemessen. Die Verurteilung wurde daher mit dem Maßstab verworfen, daß die Angeklagten zwar nicht den groben Unfug, sondern die Übertretung ordpolizeilicher Vorschriften schuldig seien.

* "Schuß den Arbeitsunwilligen", das ist der Unterricht, womit der Altmühlwirt alter Vortragswirtungen die Auseinandersetzung und Rechtslosmachung der Arbeiter begründen wollten. Nur wenige Männer der bürgerlichen Vorstelen haben den Mut, diesen Wortschatz einzugehen. Aber es geht deren doch noch einige, und zu ihnen gehört der bekannte Geheimrat Professor Dr. Hugo Brenano in Minden. Dieser hat längst in der Volkswohlfahrtsschiffahrt Gesellschaft zu Berlin einen Vortrag über den „Schuß der Arbeitsunwilligen“ gehalten, den wir hier auszugsweise nach der „Frankl. Ztg.“ wiedergeben wollen. Brenano ging von der merkwürdigen Erziehung aus, daß die Anhänger rücksichtiger Bewegungen heutzutage für die Freiheit der Arbeit“ teilweise sogar mit den Worten Turgo's und Adam Smith's eintraten. Turgo s. gegen die Schiffe: „Gott machte das Recht, zu arbeiten, zum Eigentum jedes Menschen; dieses Eigentum ist das erste, das heiligste, das unveräußerbarste.“ Und Adam Smith nannte in denselben Jahren dieses Eigentum das „heiligste und unvergleichliche“. Turgo und Adam Smith aber meinten das Recht eines jeden Menschen, nach eigenem Ermessen in jedem Gewerbe zweite Arbeit zu bestrafen und je nach der Marktstufe die besten Arbeitsbedingungen für sich zu erzielen. Der Arbeiter trat damit theoretisch dem Arbeitgeber als gleichberechtigter Kontrahent gegenüber. Aber mit dem Übergang zum Großbetrieb ergab sich die Unmöglichkeit für den Einzelnen, auf individuelle Arbeitsbedingungen zu bestehen, um tatsächlich konnte der Arbeitgeber einfach die Arbeitsbedingungen festsetzen. Die Folge davon war der Ausbau der Koalitionen durch die Arbeiter. Die Gelehrte erfaute die Berechtigung derselben an: 1865 wurde im preußischen Abgeordnetenhaus ein Antrag Schulte-Delitzsch und Fauther angenommen und 1869 die bekannte Beleidigung im § 152 der Gewerbeordnung geschaffen. Um aber die Arbeitern durch Gesetz zu unterwerfen, bestrafte man die Koalitionsfreiheit illogisch zu machen. Man will die Kreuzung zum Streik und das Postenstehen unter Strafe stellen. In einer Auseinandersetzung und unter Beirührung eines reichen Materials wie der Vortragsrede nach, wie der Gedanke, die Aufforderung zum Streik zu bestrafen, ganz unvereinbar mit dem § 152 der Gewerbeordnung, mit dem Prinzip der Koalitionsfreiheit sei. Es ist unmöglich, eine Handlung zu bestrafen, die unentbehrlich ist; um von einem zuverlässigen Rechte Gebrauch zu machen. So hat dann auch das englische Gesetz von 1875 ausdrücklich bestimmt, daß Postenstehen straflos sein soll, wenn solches lediglich in Absicht der Erziehung oder Vermittlung von Richter-gelehrten geleistet wird. Wenn man aber Aufforderung zum Streik oder Postenstehen bestraft und Beleidigungsworte, wie „Burg, fern zu halten“ als groben Unfug behandle, so erhöhter man das Rechtsbewußtsein der Arbeiter, treibe sie zur Anwendung einer Bogenwurfsprache, zu Gewehrbündeln und Beschäftigung. Sich Aufforderung zum Streik und Postenstehen durchaus legale Mittel, so wären die Bogenwurfsmittel, wie Pfeilwurf, Erbverleihung usw., die der § 152 der Gewerbeordnung unter Strafe stelle, natürlich als stets unrechtmäßig zu bezeichnen. Gleichwohl bedeutet § 152 ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiter. Begründungserklärung setzt sonst nicht strafbar und werde offen vom Offizierkorps angewendet, sogar gegen Denjenigen, der sich weigert, einen durch Gesetz mit Strafe bedrohte Handlung zu begehen. Die von den Arbeitern geboren ausgehende gesellschaftliche Leistung aber sei strafrechtlich nicht fahrlässig. Eine Ausnahmestellung oder Verhinderung ist es auch, während die Wahrnehmung berechtigter Interessen im Uebrigen strafwidrig sei, die Arbeiter gerade dann schärfer bestraft werden sollen, wenn sie sich zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen verbünden. Der Vortragende warf die Frage auf, worum man nicht den ganzen § 152 bejahige und auf die darin erwähnten Verstöße einfacher die allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches anwende? Prof. Brenano legte sodann dar, wie die heutigen Betriebsformen bedingen, daß die Arbeiter als Gesamtheit be-

(Mitsierung) erfolgen. Dass durch eine derartige Mitsierung der Glaube an die Unparteilichkeit des Richter start in's Wanzen gerät, ist weiter nicht verwunderlich. Solche Urteile, wie wirinständig zweit wiederholen, sind wahrlich nicht geeignet, die Gedanken zu befürworten, daß die Justiz ohne Ansehen der Person ihres Amtes waltet.

In dem einen Falle hatte der Maurer, Emil Wiederich, Lohnanspruch gegen seinen Arbeitgeber gelöst gemacht. Der Kaufmann Köppel hatte für einen Neubau die Verlegung von Gipsplatten übernommen und mit den Arbeiten den Angeklagten und einige andere Maurer beauftragt, denen ein bestimmter Lohn nach Quadratmeter zugesichert war. Der Angeklagte mache nun eines Tages Lohnforderungen gegen Köppel gelöst, die dieser nicht anerkannte. Es kam darüber schon auf dem Bau zu einem Aufruhr, und es ging mit dem Angeklagten behufs weiterer Ausprägung in ein in der Nähe befindliches Schantloft. Hier forderte der von anderen Arbeitern unterstützte Angeklagte, der einen sauer verdienten Lohn gebrauchen müsse, unter drohenden Gebeden, die Verziehung seiner bestellten Forderung. Als darauf das Schantloft verlassen wollte, wurde ihm der Ausgang verwehrt und ihm zu verstellen gegeben, daß er dem Lohn nicht erbetten könne, als bis er das Geld bezahlt habe.

Er mußte schließlich mit dem Lohn herausfinden, erstattete aber gleich darauf die Strafanzeige. Der der Anklage gegen ihn vorbereitet ist, so verurtheilt ihn der Gerichtshof, Strafanzeige § 9 des Landgerichts Berlin I, zu 4 Monaten Gefängnis.

In dem anderen Falle wurde ein Arbeiter wegen einer Lohnforderung von einem Gütesbesitzer gestößt. Der Thats bestand ist folgender: Ein Gütesbesitzer, Lehmann in Gullig, nahm im August d. J. einen berührbaren Gitterarbeiter, Hommel, auf vier Wochen in Arbeit. Schon nach 14 Tagen kam es aber auf dem Gelände zwischen beiden zu Differenzen, wodurch er angeblich nicht genügend gearbeitet hatte. „Du faulster Lump“, fuhr ihn der Gütesbesitzer an, indem er ihn auch seiner Wege gehen ließ. Hommel trat zu Mittag nach seine Sachen, um zu gehen, wollte aber erst seinen verdienten Lohn haben. Dieser wurde ihm ohne triftigen Grund vorenthalten. Der Arbeiter wandte sich sofort an den Gemeindevorstand und das nächste Umtsgericht im Rath. Dort sagte man ihm, er sollte nochmals versuchen, den Lohn in Güte zu erlangen. Das tat er, indem er noch

handelt werden und bestellt auch als Gesammtkraft verhandeln müssen. Der Gründtag, daß es individuelle Arbeitsbedingungen im gewerblichen Betrieb nur ganz fallen gäbe, ist auch in der Arbeiterschaftsvereinigung anerkannt worden dadurch, daß man die erwachsenen männlichen Arbeiter im Arbeitschutzeiget ausdrücklich auf die Koalitionsfreiheit verwiesen habe. Wenn man die Arbeiter, die gemeinsame Interessen gemeinhin verfehlten möchten, auf die „Freiheit der Arbeit“ verweile in dem Sinne, daß sie durchaus trachten müssten, individuelle Arbeitsbedingungen durchzusetzen, so erinnere das an den Protest Julius Möller's, der die Abhängigkeit des Arbeitgebers und das Verbot, sich selbst in Sklaverei zu begeben, als eine unerträgliche Verletzung der persönlichen Freiheit bezeichnete. Die Verfolgungsfreie sei über diesen Protest zur Tagesschreibung übergegangen. Höflichkeiten würden auch die Verhandlungen, unter Berufung auf die „Freiheit der Arbeit“ die Koalitionsfreiheit zu zerstören, zunächst verhindern. Sonst würde die Forderung erhoben werden, daß der Staat die Arbeitsbedingungen festzulegen habe, eine Forderung, deren Durchführung in unverwundbare Künste bestehender Natur zur Folge haben müßte.

Ein Wahlspruch der Hohenholzern, so schloß Brentano, sei: „Parco subiectus et abdolator superbus“. Aber das drannte man nicht einmal zu fordern. Es genüge, wenn Derselbe, der heute das Reichstagswahlrecht führt, nur das „suum cuique“ auch dem Arbeiter gegenüber zur Anwendung bringe und so „Schißigkeit in den Herzen aller verbreite“. Und da die Politik, die der Vortrag befähigte, zum großen Theile auf ungünstigen Stimmenzähler der Thatsachen beruhte, so müßte der Reichstag fordern, daß die Regierung sämtliche in den letzten fünf Jahren über diesen Gegenstand ergangenen Urteile mit ihrer Bezugnahme vorlege. Dann werde nicht eine Verschärfung, sondern eine Milderung des Gesetzes die Folge sein.

Schloß Brentano. Wer können uns im Großen und Ganzen mit seinen Ausschreibungen einverstanden lassen. Unbefaßt war uns bisher, daß sich auch die Hohenholzern den Wahlspruch erfordert haben: „Parco subiectus et abdolator superbus“ (Den Unterdrückten und Ungläubigen bestehende, die Unterdrückten befähigen). Wir wußten nur, daß sich ein gefürchteter Revolutionär, Marat mit Namen, diesen Spruch als Waffe erfordert hatte.

* Ein Berliner vertheidigte, aber kinderloser Maurer hat für das Jahr 1898 eine Zusammenstellung seiner Einnahmen und Ausgaben gemacht, die wie hiermit veröffentlichten. Gearbeitet hat der Betriebsleiter in diesem Jahre 249 Tage, insgesamt 2058 Stunden, und zwar 88 Stunden à 55 & und 2018½ Stunden à 60 &. Der Jahresverdienst betrug demnach M. 1262,07. Rechnet man die gearbeiteten Stundenzahl nun in Wochen und Tage, den Tag zu neun Stunden, so ergibt sich eine jährliche Arbeitszeit von 88 Wochen, 4 Tage und 7 Stunden. Gehört hat der Maurer im Jahre 58 Stunden wegen Regen, 28 Stunden wegen Frost und Schnee, 18½ Stunden wegen Materialmangel, 18 Stunden wegen Baupreise. Arbeitslos war Betriebsleiter 40½ Stunden, zur Wahl 2½ Tage, und 8 Stunden Termin verfehlte. Es bedeutet dies einen Verdienst von M. 928,50, gerechnet zu 58½ Stunden à 60 &.

Wie schon erwähnt, ist der Maurer kinderlos, weshalb die Frau ebenfalls erwerbstätig war; sie könnte als Ergebnis ihrer Arbeit dem Haushalte die Summe von M. 482,65奉献en. Das gesamte Jahresinkommen des Kollegen besteht sich demnach auf M. 1695,32. Die Ausgaben für die gesamte Lebenshaltung legen sich zusammen aus solchen, die sich allwöchentlich wiederholen und solchen, die nur periodisch gemacht werden müssen, also daher als jährliche Ausgaben zu bezeichnen sind. Nachstehende Tabellen geben über beide Kategorien der Ausgaben näheren Aufschluß:

Wöchentliche Ausgaben.	
Brot, Weißbrot	M. 1,74
Butter	1,25
Schmalz	0,24
Fleisch, Zubrot	4,88
Dieb	1,11
Eier	0,55
Speck	1,18
Milch	0,58
Kaffee	0,58
Zucker	0,22
Güllefrischete, Gemüse	0,71
Kartoffeln	0,83
Gift	0,02
Bier, Schnaps	0,25
Tabak, Zigarren	0,80
Käse	0,18
Fische, Hering	0,11
Sirup	0,06
Sals	0,05
Kohlen, Holz	0,70
Petroleum, Ölziner, Streichölzör	0,28
Seife, Soda, Stärke, Molle	0,19
Summa	M. 16,40

Jährliche Ausgaben.

Nahrung, Wäsche	M. 189,44
Schuhzeug	22,15
Hausaufzugsfahrten	46,16
Kleidung, Haarschneiden	6,90
Steuern	12,7
Miete	252
Leitung, Beleuchtung	38,20
Krankenfahrten-Betätige	84,50
Verbandsbeiträge	8-
Sozialdemokratische Vereinsbeiträge	2,40
Berliner Streitkunds	11,25
Veranlumungs-Geld	0,85
Freiheitslöse Gemeinde (Betrag)	6-
Medikamente	4,69
Versicherung	2,50
Vergnügungen, Theater, Fahrgäste	69,66
Unfallitäts- und Altersversicherung	5,52
Hundewerksgesetz	15,35
Wein	10,30
Bogenschießen	1,25
Goldsachen	83,-
Summa	M. 787,61

Wöchentliche Ausgabe M. 16,40 × 52 = M. 852,80
Jährliche Ausgabe 787,61
Gesamtausgabe M. 1640,41

Einnahme	M. 1695,32
Ausgabe	1640,41
Überschuss	M. 44,91
Überschuss von 1897	58,-
Gesamtu-Überschuss	M. 102,91

Dieses, ein goldenes, arbeitsreiches Jahr, hat für ein Einberufes-Jahre-Gehälter nur den geringen Überschuss von M. 102,91 abgeworfen, und nur ein Pharao oder ein alter Phäsiat wird den Vorwurf erheben, daß diese oder jene Ausgabe hätte erlassen oder bestrafen verhängen müssen. Es bleibt also dabei, daß selbst der großstädtische Arbeiter, der nach den Begriffen der Bourgeoisie viel zu viel Lohn beansprucht, durch seine Hände Arbeit nicht viel erwerben kann, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen. — Das nennt man ironischen Trost.

* Braunschweigische Streiks im Dezember. Das Arbeitsamt verzeichnet im Dezember 18 Streiks mit 1866 Streikteilnehmern. In dieser Zahl sind aber die eingesetzten Kaufleute und Kolonialwaren-Eingestellten nicht enthalten. Ebenso hatte das Arbeitsamt unterlassen, die Zahl der Schellnhöfer des Mosaik-Streiks der Pariser Bauarbeiter (September-Oktober) mitzuschreiben. Es scheint, daß Methode in dem seltsamen Verfahren zu liegen. Im Dejember des vorletzten Jahres gab es 19 Streiks mit 1866 Streikteilnehmern. Von den 19 Streiks haben nur 4 mehr als aus einem Betrieb bestehen. Ursachen der Streiks: In 8 Fällen Kampf um Lohnabschöpfung, in 4 Fällen Abwehr gegen eine Wohnherabstufung, in je einem Fall Verbale Wohnanzahlung, Kampf um Verbesserung der Arbeitszeit, Förderung der Erziehung ausländischer Erbdarbeiter u. a. m. Ausgang von 17 im Dezember und 1 vorher begonnenen Streiks: 4 Erfolge, 7 Misserfolge (darunter der Streik der Kolonialwaren-Eingestellten um Verbesserung der Nebenzölle) und 7 Misserfolge.

Sozialpolitik im Reichstage.

Berlin, 8. Februar.
Seit dem am 10. Januar erfolgten Wiederzulauftag ist des Reichstages nach den Weihnachtsferien, hat derselbe in nicht weniger als neun Sitzungen sich mit der Förderung sozialpolitischer Fragen beschäftigt. An zweien der sogenannten „Schwetzinge“ gelangten mehrere Entlastungs- und Strafanträge, betreffend die Gewerbeerlaßrechte, zu sehr einander verhandelten Verhandlungen. Der eine dieser Anträge, von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt, will an die verbündeten Regierungen das Früchten gleichsetzen, wenn dem Reichstag bis zur nächsten Session einen Gelegenheitsvorschlag vorliegen, durch welchen:

1. die Errichtung von Gewerbeberichten obligatorisch gemacht und deren Zuständigkeiten auf die Entscheidung von Streitfällen ausgedehnt wird, die aus dem Wohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis außer im Gewerbe, Bergbau, in der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, im Handel und Verkehr über als Gewerbe beschäftigten Personen entstehen;
2. die Erhebung an den Magistraten und die Berufung zu Mitgliedern eines Gewerbegerichts auf die in den genannten Beiträgen beschäftigten weiblichen Personen ausgedehnt wird;
3. die Verleihung des Wahlrechts und der Wahlbarkeit auf das vollenstreitende Lebensjahr herabgesetzt wird. Um diesen sozialdemokratischen Vorschlag zu „parieren“, hatten die Sozialdemokraten des Beitrags, die Abgeordnete Dr. H. L. und Trimborn, unterstützt von 19 Fraktionsgenossen, einen Antrag eingereicht, welcher fordert: Kaufmanns- und Schiedsgerichte; geordnete Aufstellung der Richterlinien für die Gewerbeberichte; obligatorische Gewerbeberichte, soweit nicht die Landesgerichte — wegen mangelnden Bedürfnisses — davon gehalten; Erweiterung der Kompetenz der Gewerbeberichte dahin, daß dieselben auch ohne Anrufen bei streitenden Parteien für die Beilegung von Streitigkeiten wirken können.“

Die Debatte gestaltete sich zu einer recht lebhaften. Der sozialdemokratische Antrag wurde vom Abgeordneten J. B. E. begründet. Derselbe legte besonders Gewicht auf den Nachweis, daß die Gewerbeberichte, wenn sie ihren Zweck in vollem Maße erfüllen sollen, obligatorisch sein müssen, und daß die Errichtung des Wahlrechts an Frauen, sowie die Herausbildung der Grenze der Wahlbarkeit einem Gebote der Gerechtigkeit entsprechen. Schärf wandte der Redner sich gegen die elende Verdrüftigung, daß die Gewerbeberichte von der Sozialdemokratie zu „gehässigen Unruhestiftern“ gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung bewußt würden.

Den Zentrumstritt vertrat der Abgeordnete Trimborn, indem er die sozialdemokratischen Forderungen bestätigte. Es sei verfrüht, für alle Orte die Gewerbeberichte obligatorisch vorzuschreiben. Es sei nicht notwendig, wenn Frauen das Wahlrecht zu geben; diesen werde das Gewerbebericht schon jetzt gerecht.

Der Regierungsvorsteher, Staatssekretär Dr. Meißner, bekräftigte sich darauf, zu erklären, daß das Reichstagsamt gegenwärtig nicht in der Lage ist, die Gewerbeberichte zu errichten. Es sei verfrüht, für alle Orte die Gewerbeberichte obligatorisch vorzuschreiben. Es sei nicht notwendig, wenn Frauen das Wahlrecht zu geben; diesen werde das Gewerbebericht schon jetzt gerecht.

Die Weiterberatung wurde auf einem neuen Schwetzinge verlegt. Dieser gehörte und umfaßender waren die Debatten, welche die Sitzungen vom Donnerstag, Freitag und Samstag ausfüllten. Es handelte sich um die Beratung der Entschließung des Innern, Art. „Sozialsekretär“.

So ziemlich alle Fragen der Sozialpolitik gelangten zu sehr eingehender Erörterung. Eröffnet wurde die Debatte mit einer vorläufigen Befreiung der Arbeiterklasse erhöht, zu verwerfen! Von nationalliberaler Seite wurde jede Reform der Gewerbeberichte abgelehnt, während der freiwillige Abgeordnete S. Graber der deren Ablehnung, als der Förderung des sozialen Friedens dienend, bestürzte. Die Weiterberatung wurde auf einem neuen Schwetzinge verlegt.

Dieer gehörten und umfaßender waren die Debatten, welche die Sitzungen vom Donnerstag, Freitag und Samstag ausfüllten. Es handelte sich um die Beratung der Entschließung des Innern, Art. „Sozialsekretär“.

So ziemlich alle Fragen der Sozialpolitik gelangten zu sehr eingehender Erörterung. Eröffnet wurde die Debatte mit einer vorläufigen Befreiung der Arbeiterklasse erhöht, zu verwerfen! Von nationalliberaler Seite wurde jede Reform der Gewerbeberichte abgelehnt, während der freiwillige Abgeordnete S. Graber der deren Ablehnung, als der Förderung des sozialen Friedens dienend, bestürzte. Die Weiterberatung wurde auf einem neuen Schwetzinge verlegt.

Der erste Redner der Sozialdemokraten, Abgeordneter W. W., übte gleichfalls schwere Kritik am Buchausgabe-Projekt und am Unternehmerterrorismus, wobei die Arbeiterschaftswelle ein Gewerbeaufsicht unterzog der Arbeiterschaft und zur Förderung der Interessen der arbeitenden Klasse.

Der nationalliberale Abgeordnete Möller, einer der Herren von der Großunternehmer-Koalition, sprach den Wunsch aus: Die Gerichte mögeln den jeweiligen § 153 der Gewerbeordnung schärfen an, gegenüber der Terrorisierung Arbeiterswilliger!!! Als ob nicht jeder Tag seit geräumter Zeit Beispiele deren barbarischen und ungerechten Anwendung dieser Gesetzesbestimmung brächte.

Staatssekretär v. Postdamer, der Reichsmühlner für Sozialpolitik und Leiter des bekannten Streikers, verließ die aufstrebende Erörterung, daß die Arbeiter verloren ein äußerst privilegiertes Privilegium genießen. Dieses Privilegium soll darin bestehen, daß die amtlichen Berufe des Gewerbeaufsichtsbeamten nicht nur der vorgeschriebene Behörde vorgelegt, sondern der an allen Weltkämpfen der werden! Jeder Arbeiter kann sich die Berufe ausüben. Ergo ist der Arbeiter ein Privilegierter! Ein wahrhaft großer sozialpolitischer Gedanke, über den gewiß jeder Arbeiter herzlich lachen wird.

Rektor b. St. Ulrich blieb eine lange Weile, die ein wahres Sammeltheum ordnungspolitischer Geschäftsführer und Beamte darstellt. Seine Ausführungen gaben in sanftmütiger Vertheidigung des Buchausgabe-Projektes. Die Baugewerks-Bundesgenossen genossen die Ehre, daß der Herr Rektor so auf sie hingewiesen. Die Millionen berief, zum Beispiel“ das, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in geradezu unerhörbarer Weise die Arbeiterswilligen verhetzen! Offenkundig wurde der „Gesetzentwurf“ zum Schutz der Arbeiterschaften“ recht bald vorgelegt, zur Freude aller Wohlgestellten“.

Sowohl mit dem Freiherrn v. Stumm als mit dem Freiherrn Heyl zu Herrnsheim, welcher zur nationalliberalen Fraktion zählt, Großindustrieller ist und den sozialdemokratischen Führern vorwirft, daß den Arbeitern nichts zu leben“, ging der Abgeordnete Singer in seinem Gesicht, während eine Reihe anderer sozialdemokratischer Redner sich des höheren und den einzelnen Fragen des Arbeiterschutzes, der Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung usw. beschäftigten.

Auch die Frage des Bauarbeiter-Schutzes stand gebührenden Bildung, und war breit der Abgeordnete H. Danckwerts vorreihen und energisch den Standpunkt, den die organisierte Bauarbeiterchaft und deren Presse, speziell auch der „Grundstein“, selber zu dieser Frage eingenommen hat. Der Regierungsvorsteher, Graf v. Postdamer, erklärte, daß in dem Baugewerbe nicht unerhebliche Missstände vorliegen, die unter Umständen einer Änderung und Abhilfe bedürfen. Es beruelt auf ein von ihm an die verbündeten Regierungen unter dem 30. Juni 1898 gerichtetes längeres Rundschreiben, wonach er die Bitte ausgeschlossen habe, ihm bis zum 1. April d. J. mitzuteilen, welche Maßnahmen die Bundesregierung zur Verbesserung des Schutzes der Bauarbeiter bestimmen könne. Im Übrigen vertrat der Herr Graf die Ansicht, daß dem Reich ein Zwang gegenüber den Landesregierungen in dieser Beziehung nicht zusünde; die Regelung der Bauarbeiter bleibe vielmehr aufgabe der einzelnen Landesregierungen.

Baugewerbliches.

* Sicherheit der Bauarbeit. Hamburg. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Sonnabend, den 4. d. M., auf dem Neubau des Gebäudes der Dresdener Bank am Jungfernstieg. Ein bei dem Bau beschäftigter Maurer stürzte aus dem aufstrebenden Hobel, der unter Umständen einer Aenderung und Abhilfe bedürfen. Es beruelt auf ein von ihm an die verbündeten Regierungen unter dem 30. Juni 1898 gerichtetes längeres Rundschreiben, wonach er die Bitte ausgeschlossen habe, ihm bis zum 1. April d. J. mitzuteilen, welche Maßnahmen die Bundesregierung zur Verbesserung des Schutzes der Bauarbeiter bestimmen könne. Im Übrigen vertrat der Herr Graf die Ansicht, daß dem Reich ein Zwang gegenüber den Landesregierungen in dieser Beziehung nicht zusünde; die Regelung der Bauarbeiter bleibe vielmehr aufgabe der einzelnen Landesregierungen.

München. Am 1. Februar, Nachmittags, fiel einem in einem Kanalgrachte an der Staubstraße hier beschäftigten Arbeiter ein schwerer Sicherheitszylinder aus einer Höhe von fünf Meter auf den Rücken. Der Getroffene erlitt anscheinend keine Verletzungen und mußte in das Krankenhaus geschafft werden.

Worms. Bei dem Rheinbrückenbau stürzte am 31. Januar ein Zimmermann aus Groß-Zinnau bei dem Aufstieg des Turmpfeilers etwa 20 m tief und war sofort tot.

* Die Überproduktion im Bau von Wohnungen in Hamburg. In Hamburg gestaltete sich die Baufuß nach dem Baulandvertrag zunächst in natürlicher Weise, da durch den Abbau ganzer Stadtteile Ersatz für neue Wohnungen geschaffen werden mußte, bis durch die sogenannte „Bauflöwen“ eine horrende Bauwut entstand. — Die Bauflöigkeit entwickelte sich in den rückliegenden Jahren in folgender Weise: Die Gesamtvermehrung der Wohnfläche durch Neubauten betrug:

	Bemerkung durch Neubau	Bemerkung durch Abbruch	Gesamtvermehrung
1887	8889	862	9977
1888	4357	1175	8182
1889	6729	1325	5404
1890	8851	740	8111
1891	7378	602	6771
1892	8263	965	7388
1893	6595	613	5982
1894	4780	680	4050
1895	2626	914	1712
1896	8147	614	2653
1897	2489	484	2055
1898	—	—	1855

Wein hier nach auch im Jahre 1892 fast eine gleiche Vermehrung der Wohnfläche stattgefunden hat, wie im im Jahre 1890, so machte sich doch schon in diesem Jahre, wenigstens im Mauergeröde, eine größere Arbeitslosigkeit bemerkbar. Von Jahre 1890 an aber sank die Beschäftigtheit immer tiefer, bis sie im Jahre 1895 ihren tiefsten Stand erreichte; erst im Spätherbst machte sich wieder eine gewisse Nachfrage nach Arbeitskräften.

bemerkbar. Aber auch die leerstehenden Gefäße zeigen, wie wohnlich darum losgegangen wurde, ohne nach einem etwa vorhandenen Bedürfnis zu fragen. In diesen Bahnen spiegelt sich am besten die ganze Verderbtheit der kapitalistischen Produktionsweise wieder. Es betrug die Zahl der

	leerstehende Gefäße	Bogen aller Gefäße in Hunderts
1889.....	4657	844
1890.....	6694	464
1891.....	8858	586
1892.....	13265	838
1893.....	14749	901
1894.....	15187	900
1895.....	18686	798
1896.....	11075	637
1897.....	7978	458
1898.....	6261	351

* Das höchste Haus der Welt, das Park Row Building in New York, ist jetzt fertiggestellt und erhebt sich mit seinen beiden Kuppeln bis zu 117 m über die Straße. Es ist auf Pfählen gegründet, die 16 m tief in den sandigen Boden eingetrieben wurden. Die Rahmenstangen ragen noch 17 m über die Kuppeln empor, so daß die Gesamthöhe des Bauwerkes 160 m beträgt. Den ausfallenden Anbau soll das Alte Haus von der Ann Street aus gewähren, in der seine Frontr zur 6 m lang ist. Sieht man in dieser sehr engen Straße an ihm in die Höhe, so gleicht es einem ungeheurem, außerordentlich dünnen Schornstein. 350 Geschäftsräume sind in dem Altenhaus enthalten, fast alle von städtischer Größe. Es enthält 8000 Tonnen Stahl und 12.000 Tonnen andere Baustoffe. Die Kosten betragen nicht ganz zehn Millionen Mark. Die "Technische Rundschau" berechnet, daß den Tag über sich etwa 8000 Menschen ständig zu gleicher Zeit in dem Bau aufhalten.

Die Londoner Bauarbeiter und ihre Arbeitsleistung.

I.

London, 17. Januar.

Selbst eingerollt wiederholen sich in der Londoner Presse Klagen von Bauunternehmern über systematische Verminderung der Arbeitsleistungen der Bauarbeiter, in erster Linie der Maurer. Ungeachtet der Bohnaufbesserungen, welche sie in den letzten Jahren erlangt hatten, seien sie unablässig darauf aus, die Leistung des Arbeiters pro Arbeitsstunde zu verringern, so daß die Förderung pro Tag fortwährend zurückgeht und die Bauarbeiter sich immer mehr verkleinern. Diese Bewohner müssen haben jetzt eine gewisse Unterstützung erhalten durch einen kürzlich veröffentlichten Bericht des Wohnungsausschusses des Londoner Grafschaftsrates. Der Grafschaftsrat hat bestimmt, für alle Arbeiterwohnungen, die er aus sanitätspolitischen Gründen niedergelegt, neue zu errichten und hat neuwendungen auch erst den Bau von Wohnungen für die arbeitenden Massen in Aussicht genommen. In dem erwähnten Berichte des Ausschusses nun wird hinsichtlich der doraus resultierenden Kosten einiger Projekte darauf hingewiesen, daß während im Jahre 1890, wo der Rat seine ersten Bauenkontrakte abschloß, Maurerwert 11 £ (A. 220) pro Kubusfuß kostete, der Preis jetzt 20 £ 16 sh (A. 418) pro Kubusfuß betrage. Dies sei, wie man dem Comité erläutert habe, drei Ursachen geschuldet: Der Preissteigerung des Baumaterials, den gestiegenen Löhnen und der großen Abnahme in der Zahl der in einem Arbeitsstage vom Arbeiter vermauerten Ziegel.

Der Bericht hat das Londoner progressistische Wochenblatt „Municipal Journal of London“ veranlaßt, die Frage etwas genauer zu untersuchen, und zwar, wie es bemerkte, „nicht vom Arbeiterpunkte, sondern vom Standpunkt der municipalen Interessen aus“. So berechtigt es ist, daß die Arbeiter bessere Löhne empfangen, so würde die Thatsache, daß sie pro Stunde weniger Arbeit leisten, ernsthaft auf die Frage der direkten Beschäftigung von Arbeitern zurückwirken, da eine öffentliche Behörde die Arbeiter nicht so anstreben könnte wie ein Privatunternehmer. Das Blatt hat sich demgemäß in fünf der größten Betriebsgruppen von Maurern (Bauunternehmer, Architekten, Bauingenieure) und drei Vertreter der Arbeiter mit folgenden Fragen gewandt:

1. Bemaunten die Maurer heute in der gleichen Zeit weniger Ziegel als früher? Wenn „Ja“, was ist der Unterschied?
2. Ist die Qualität der Arbeiter besser als früher? Wenn „Ja“, ist sie so viel besser, um das langsamearbeiten zu rechtfertigen?
3. Hat das Publikum von den Lohnverhältnissen, die den (Bau-)Arbeitern in der letzten Zeit bewilligt wurden, irgendwelchen Vorbehalt gehabt?

Die Antworten der Unternehmer laufen nicht übereinstimmend. Drei finden den Arbeitern direkt ungünstig, einer vorwiegend ungünstig, und einer mehr als ungünstig als ungünstig. Die vier Ersteren behaupten, daß die Zahl der Ziegel, die ein Maurer pro Tag verarbeitet, jetzt kaum halb so hoch ist wie früher (400 bis 500 gegen 1000), was die Kosten der Herstellung von Arbeiternwohnungen entsprechend erhöhe. Niemals habe eine solche „Qualitätsverschönerung“ geschehen wie heute, heißt es in der Antwort eines Mr. Wilkinson, Sekretär des Gartend-Baumaterial-Gesellschaft; „das Publikum hat von den erhöhten Löhnen nicht den getingten Vorbehalt“, in der das Baumenter Mr. Richard Farrant, der Spezialist im Bau von Arbeiterwohnungen ist. Diese und andere Kraftstellen haben sich, wie ich sehe, die Berliner Politischen Nachrichten“ zu Nutze gemacht, um einen Doppelschlag gegen die „sozialdemokratisch bestensetzte Londoner Gemeindeverwaltung“ — den Grafschaftsrat — auf der einen und die Organisationen der Arbeiter auf der anderen Seite zu führen. Die arbeiterfreundliche Kommunalpolitik — der „Municipal Socialismus“ mit seiner Fair Mayor-Klausel usw. — wird für die geschilberten Missstände verantwortlich gemacht. Dies rechtfertigt es, den Gegenstand etwas genauer zu untersuchen.

Vorher die Bemerkung, daß auch der Schreiber dieses in Frage, um die es sich handelt, in erster Linie vom Standpunkt der Allgemeinheit aus betrachtet — ja, ich kann sagen, ausschließlich vom Standpunkt der Allgemeinheit aus, denn der folgt das Interesse der Bauarbeiter ein. Die Allgemeinheit hat einen Interesse daran, daß keine Arbeiterguppe für gute Arbeit schlechten Lohn erhält. Sie hat aber ebenso ein Interesse daran, für gute Bezahlung gute Arbeit zu erhalten und nicht das Opfer monopoliistischer Ausbeutung zu werden, gleichviel, ob diese von einer Gruppe von Unternehmern oder von einer

Arbeiterguppe ausgeübt wird. Grabe unserer sozialistischen Standpunkts erlaubt uns hier eine sehr viel unparteiischere und sehr viel folgerichtige Stellungnahme, als die der „Berliner Politischen Nachrichten“. Wir haben wenigstens noch nicht gehört, daß dieses Blatt sich je gegen die Monopolpreise aufgelehnt hätte, welche die durch Schutzpolizei bedrohten und durch Syndikate abgesetzten haben.

Die Parteilichkeit der „Berliner Politischen Nachrichten“ zeigt sich zunächst und ganz flagant dadurch, daß dieses Blatt erstmals nur die den Londoner Maurern ungünstigen Antworten zitiert, und zweitens selbst aus diesen Antworten nur die gegen die Maurer gerichteten Stellen herausgezogen. Thatsächlich gibt selbst der Sekretär der Gartend-Baumaterial-Gesellschaft zu, daß die große Steigerung der Arbeitskosten im Bauwesen nicht ausschließlich bei den Maurern zur Last falle. Ein gewisser Prozentsatz davon falle auf die erhöhten Ausgaben für Bauhandlanger (Steinträger etc.). Dann aber sei die Dualität der Arbeit eine besondere. Wörtlich heißt es:

„Ein Zweiteil, die Maurerarbeit, die jetzt geleistet wird, ist sehr gut; aber ihre bessere Qualität rechtfertigt die langsamere Arbeit nicht. Es würde nur falsch sein, zu sagen, daß angesichts der früheren Schweizerei eine Abzug von 20 Prozent von den damaligen Tagessleistung einer gerechte Tagessleistung der besseren Arbeit geben würde. Ich darf hinzufügen, daß nach meiner Ansicht im Großen und Ganzen noch niemals bessere Arbeit verrichtet wurde als heute.“

Man wird gekleidet, das diese Säge allein ein gutes Stück der Anlagen entkräften, denen die „Berliner Pol. Nachrichten“ Ausdruck geben. Sie werden bestätigt und bestreitet durch die Aussage des Mr. Mowat in Plumbe, eines der angesehensten Architekten Londons (er ist Ausschäftsmitglied — „fellow“ — des Königlichen Instituts der Architekten). Mr. Plumbe bezeugt die Richtigkeit der Angabe, daß die Maurer für je 1000 Steine, die sie früher vermauerten, jetzt nur 400 verarbeiten.

Als ich meine Berufstätigkeit begann (vor 10 Jahren), ward angenommen, daß die Maurer in einem Tage 1000 Steine, bei einfacher Arbeit vermauerten, aber damals war die Arbeitszeit viel länger. Jetzt sollen sie in 8 Stunden nur 400 Steine unterbringen. Meine Ansicht hinsichtlich der vorschreibenden Angaben ist, daß dabei die verschlechterte Natur der Arbeiten nicht berücksichtigt wird. Der heutige vorbereitete Bauplatz verlangt viel mehr ornamentales Maurerwerk als früher. Sicher aber werden bei einfacher Arbeit heute pro Arbeitsstunde weniger Steine verarbeitet als früher, doch ist die Differenz geringer als angegeben. Ich bin enttäuscht durch die Ansicht, daß bei Kontraktarbeiten heute bessere Arbeit geleistet wird als ehedem. Die Arbeiter sind unabhängiger und wollen sich nicht mehr freien lassen.“

Auf die Frage, ob das Publikum von der Lohnerschöpfung profitiert habe, antwortet Mr. Plumbe als erster, aber wenigstens konsequenter Manchesteirman:

„Im Ganzen glaube ich nicht, daß das Publikum direkten Vorbehalt von der Steigerung der Löhne gehabt hat. Ich sehe auch nicht ein, warum es dies sollte. Die ganze Frage ist eine Frage von Angebot und Nachfrage. Die Maurer kämpfen selbstverständlich für sich und die Verbesserung ihrer Lage, und so lange wie dies mit anständigen Mitteln gelingt, sind sie zweifellos durchaus im Recht, ihr Möglichstes in dieser Richtung zu thun.“

Somit Mr. Plumbe. Um kein Urteil zu unterdrücken, sei festgestellt, daß neben Sir Richard Farrant noch zwei Unternehmer bestreiten, daß die Maurerarbeit heute besser sei als früher. Der Eine davon macht den Vergleich der Lehrlingsausbildung, der Andere die strenge Gleichheit der Löhne für den Aufgang der Qualität der Arbeit verantwortlich. Der Erste meint noch, daß das Publikum habe der Lohnerschöpfung den einen Vorbehalt, daß die Maurer mehr Geld ausgeben könnten, aber dieser Vorbehalt kann einer anderen Klasse zu Gute als der, welche die Arbeit der Maurer bezahle.

Dies ist Stimme der Unternehmer. Hören wir nun die Vertreter der Arbeiter über die Frage.

Mr. Taylor, Mitglied des Londoner Grafschaftsrates und Angehöriger der Maurergewerkschaft, gibt zu, daß heute die Maurer nicht so viel Steine pro Tag vermauerten als in der vorherigen Generation, und sie würden auch, sagt er, zu der alten Zeit „nie wieder zurückkehren“. Es werde eben viel older und unruhiger gebaut. Damals hätten wir gerade glatte Wände mit einfachen Fenstern und sehr wenig Verzierungen; heute ist der Architekt, um so zufriedener, je mehr Winkel, Ecken, Nischen und Vorsprünge er anbringen kann. Diese Art Arbeit aber nimmt viel mehr Zeit in Anspruch. Unzweckhaft sei die Arbeit ihreswegs geworden, aber das Publikum erhält bessere Werth für sein Geld. Die Arbeiter ließen sich die alten Mittel der Schweißreiberei nicht mehr gefallen; sonst aber vertrete er, Taylor, den Standpunkt, daß sie für einen anständigen Lohn auch anständige Arbeit pro Tag leisten sollen, und das thäten die Arbeiter des Grafschaftsrates. Sie arbeiten für diesen „gerade so, wie für königliche Unternehmen.“

M. Steeden, Vertreter der Gewerkschaft der Bauhandlanger, erklärt die Behauptung, daß die Arbeiter von der Gewerkschaft ermuntert würden, ihre Arbeitssicht zu verändern, für eine „absolute Lohnwachheit“. Das die Löhne gestiegen seien und die Arbeitsmenge eine gewisse Minderung erfahren habe, sei das notwendige Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Aber die Unternehmer verlösen nichts dadurch. Sie seien ihre Anschläge in entsprechendem Verhältnisse höher an. Eine gewisse Abnahme der Arbeitsmenge sei nicht zu bestreiten. Im Übrigen steht er, Steeden, durchaus auf dem Standpunkte, daß der Arbeiter in Ehren verpflichtet sei, für einen anständigen Tagelohn ein anständiges Tagewehr zu verrichten. Er bestreite also durchaus, daß unter den Arbeitern selbst eine Faulheitsverschwörung besteht, und sei bereit, den Beweis zu erbringen, daß die Arbeiter, die vor 30 Jahren 1000 Steine pro Tag vermauerten, nicht mehr Arbeit leisteten, wie heute bei der Vermauerung von 500 Steinen geleistet werde.

Ahnlich lautet die Aussage des Generalsekretärs des Maurerverbandes, J. Bartholomew. Nur in einem Punkt ist er weniger bestimmt. Er bestreitet zwar, daß die Gewerkschaft auf Verminderung der Arbeitssicht hinzuwecke, drückt sich aber weniger bestimmt über die Praxis der Arbeiter selbst aus. „Ob die Arbeiter diese Tendenz in's Extreme treiben, kann ich nicht sagen. Wenn sie es aber thun, so ist es zum großen Theile Schuld der Meister.“ Wo ein Werkführer durch Anstreiche

Mehrarbeit erstreben wolle, seke gewöhnlich in irgendeiner Weise Reaktion ein. jedenfalls habe die Gewerkschaft mit organisierten „Schwänzen“ bei der Arbeit nichts zu thun. „Es mag unter den Leuten selbst diskutiert werden, aber wir erfahren des geistigen Weise nichts davon.“

Schließlich nimmt in der neuesten Nummer des „Municipal Journal“ John Burns das Wort, der Vührer der Arbeiterguppe im Großbaustadt und zugleich dasjenige Mitglied, das sich wohl am meisten um die öffentlichen Arbeiten gekümmert hat. Abg. Burns geht zu, daß einzelne Arbeiter bestreitet haben, daß die Arbeitssicht der früheren Arbeitszeit verschwunden sei. Arbeitssicht verschwunden, bestreitet aber für die Allgemeinheit. Neben der verbesserten Qualität der Arbeit gibt es noch andere Gründe für die gegenwärtige Verhinderung der Bauten an. Die neuere Gesetzgebung über Bauten und die öffentliche Gesundheitspflege sei für mindestens 80 Prozent der erhöhten Bauosten verantwortlich. Statt bei Taylor, dem Vertreter der Maurer, müßte man sich bei Dr. Langstaff, dem Vertreter der Maurer Sanitätsausses, nach der Ursache erkundigen. Verbrieflich sei auch bei Arbeiten für die Gemeinde das Prinzip der Musterarbeit übertritten und Maurerwerk, das nur seltener Zwecken dienen sollte, in einer Weise ausgeführt worden, als sei es für die Zwecke bestimmt. Das, sowie ein umständlicher Bürokratismus habe viele Mehrausgaben verschafft, die von Leuten, welche die Verhältnisse nicht näher kannten, den Arbeitern zur Last gelegt würden.

Lohnbewegungen und Streiks.

Maurer.

In dem Streik in Neumünster sind, abgesehen von der Zahlungseinstellung eines Unternehmers, den der Pleitegeier geholt, Veränderungen nicht eingetreten, auch sind folche in der nächsten Zeit kaum zu erwarten. Nach wie vor stehen die Chancen für die Streikenden günstig. Außerdem kommt noch in Betracht, daß auch die Zimmerer und Maurerfischer mit der Forderung der neuzeitlichen Arbeitszeit und 50 £ Stundenlohn an ihre Unternehmer herangetreten sind. Es ist dies umso wichtiger zu begreifen, als im Falle eines glücklichen Ausgangs alle ihre Organisationen auf Seite ihrer Errungenschaften gleichzeitig haben und vor weiteren Streiken bewahrt bleiben.

In Bochum legten am Freitag, den 3. b. M., 11 Maurer, welche beim Bauunternehmer Exidor in Michel an den Neubauten in der Blumenstraße beschäftigt waren, die Arbeit nieder, weil der Barlier die Wallenlage, trotzdem er dazu wieder aufgefordert wurde, nicht abdecken ließ. Michel erlaubt sich seinen Arbeitern gegenüber, wenn sie ihren sauer verdienten Lohn verlangen, mit Salagen zu drohen, auch macht er ihm im Komposit viel mit dem Nebelov zu schaffen, wenn die Arbeiter anwesend sind; dieses ist die direkte Bedrohung seines Sohn Barlier Herrmann, der nicht besonders darin groß ist, daß er, wenn gerade ein Leihzug vorbestimmt ist, und dieses passiert am Tage sehr oft, weil die Bauten nicht weit vom Rathaus liegen, die Arbeiter derselben anbrüllen; doch man glaubt, der Totle soll durch dieses Gebot aufwachen; und oft schauen die Arbeitenden sich um und betrachten diesen „gebissenen“ Menschen und auch die Arbeiter, die sich diese brutale Behandlung gefallen lassen. Wir geben dem Barlier statt, sich mehr um seine Arbeit zu kümmern, damit nicht viel abgedrungen werden möge, damit nicht Herr Michel mehr. Die Arbeiter verlangt heute mit Recht eine humane Behandlung, und im Guten läßt sich von organisierten Arbeitern mehr erreichen als im Bösen. Den organisierten Kollegen dieses zur Kenntnis, damit sie wissen, was sie vom obengenannten Bauunternehmer zu halten haben.

Die Zahlstelle Düsseldorf beschloß in ihrer letzten Mitgliederversammlung, die Sperrre über die Bauten Hänser & Lorak in Rath aufrecht zu erhalten. Die Sperrre ist verhängt worden, weil einer der Firmeninhaber einem Kollegen deshalb die Entlastung gegeben, weil eine Einladungsschreiben zu einer Verhandlung auf der Baustelle verbreitete.

Die Maurer der Glasfabrik Alfken-Gesellschaft Nürnberg, Fritte Gustavburg bei Maius, sind am Montag in den Ausstand getreten. Die dortigen Kollegen erläutern einen Stundenlohn von 40 Pf., aber der Düsselloher erläuterte, er könne nur noch 38 Pf. geben und für diesen Düsselloh beläuft er Maurer genug. Als ihm bestreitet wurde, daß er nicht berücksichtigt sei, ohne sich vorher mit den Arbeitern verständigt zu haben, Lohnabzüge zu machen, erklärte er, den alten Lohn noch für die bisher gearbeitete Zeit gelten zu lassen, aber für die spätere Zeit zahlte er nur noch 38 Pf. Die Kollegen verfügten nun, sich mit der Direktion zu verständigen, doch der Herr Direktor Hering erklärte dem Abgeordneten der Arbeiter, er frete in diesem Falle nicht mit den Arbeitern in Verbindung.

Zus. Herlein fördert man uns: Es scheint, als ob die Unternehmer ihren Beschluß vom 6. September b. J. wonach die Zahlstelle gelöst werden soll, wahr machen wollen. Bei mehreren Unternehmern sind schon Entlassungen vorgenommen und am letzten Sonnabend haben nun auch die Kollegen Sanger und Käfer von dem Unternehmer Düsselloh ihre Stellung erhalten, weil die Arbeit angeblich nicht mehr für alle Maurer ausreicht. In Würlichkeit ist diese Behauptung nur ein Hinweis, um die Kollegen auf eine bevorstehende Aktion los zu machen, denn klarlich hat Düsselloh erstmals längere Kollegen eingestellt. Aber diese arbeiten billiger als die Entlassenen, und Profit ist bei allen Unternehmern ohne Unterschied, besonders aber bei Herrn Düsselloh, doch immer die Hauptaufgabe. Kollegen werden ersuchen, den Zugang fern zu halten.

Im englischen Baugewerbe sollte nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter demnächst eine Mietarbeitsperre zu erwarten sein. Aber diese Blätter haben wieder einmal das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, vorläufig denkt in England selbst noch Niemand an einen solchen wirtschaftlichen Gewaltakt. Das Baugewerbe sieht angenehmlich in London und an anderen Orten Englands in vollster Blüte. Die Löhne sind ziemlich hoch und viele Meister zahlen noch Prämien, wenn sie nur genug Arbeiter bekommen können. Unter diesen Umständen haben einige Zweigvereine der gut organisierten Bauarbeiter sich elliptische Überlebenschancen zu Schulden kommen lassen. So haben die Später von drei großen Firmen das Verlangen gestellt, daß die Werkführer und Geschäftsleiter der Gewerkschaft betreten, und

haben, weil beim nicht Folge geleistet wurde, über die betreffenden Bauten und Werkstätten die Sperrre verhängt. Der Schritt und mehr noch die Art, wie er ausgeführt wurde, hat sehr viel böses Blut gemacht und die organisierten Baumeister haben es an Protest gegen das Vorgehen der Arbeiter und Erklärungen ihrer Solidarität mit den gelösten Firmen nicht schließen lassen. Sie haben auch in einer großen Versammlung in St. Martins Town Hall die Bildung eines Kampfunds beschlossen, um den übermächtigen und herausfordernden Ausprüchen der Arbeiter Widerstand zu leisten. Indes haben sie die Einsicht, was zu thun, bis auf nächste Woche verloren, wo in Bradford ein nationaler Kongress von Bauunternehmern stattfindet. In der Zwischenzeit findet in der Gewerkschaft der Gipser eine Abstimmung darüber statt, ob das Vorgehen der betreffenden Zweigvereine anerkannt werden soll oder nicht; und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Mehrheit der Abstimmung vereinigt ausschlägt und damit die ganze Frage der Arbeitspresse zu Boden fiele. Einstufige Gewerkschaftsführer hatten mit der Ansicht, daß dies das einzige Mittige wäre, nicht hinterm Berg gehalten und auch der Vorstand der Gipsergewerkschaft spricht dieser Ansicht zu sein. Die Gewerkschaft hält die Sperrre nicht zu sitzen, denn an ihre allgemeine Durchführung wäre im Moment gar nichts zu denken, aber sie zieht vernünftiger Weise auch andere Gesichtspunkte als die bloße Machfrage in Betracht.

Aus Österreich.

Wien, im Januar.

Noch in seinem Jahr hatten wir so viele Lohnbewegungen und Streiks zu verzeichnen, als in dem verflossenen. Ob daraus ein anhaltender Fortschritt der Organisation resultieren wird, ist noch nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Aber immerhin ist es ein gutes Zeichen, daß die Bauarbeiter anfangen ihre traurige Lage zu führen und die weitere Folge wird wohl die sein, daß sie auch begreifen lernen, wo der Hebel angelegt werden muß, um eine dauernde Verbesserung zu erreichen. Durch das Streiken allein ist dies eben nicht möglich.

In Wien sehe ich die Bämmer durch einen ein wöchentlichen Lohnzuwachs durch. Die Plasterer erzielten eine Lohnverbesserung des Preissatzes ohne Streik. Von den Streiks im übrigen Niederösterreich, in der Maurerfreizeit in Mödling und Unterhögl erschienenswerth und wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich erzielt. Von dem Ausgang des Streiks der Bämmer in Möltenburg und dem der Maurer auf einem Bau in Möltenburg erhalten wir leider keine Kenntnis.

Die meisten Streiks weist natürlich Böhmen auf. Karlsbad eröffnete mit der spontanen Arbeitseinstellung Wiens Karlsbad. Der günstige Verlauf dieses großen Streiks, an dem sich 4000 Bauarbeiter beteiligten, übte seine Wirkung auf Eggen, Chodau und Falkenau zunächst aus. In den beiden ersten Städten wurde ein vollständiger Sieg erzielt, und in den beiden anderen waren die errungenen Zugeständnisse gleichmäßig annehmbar. Von der Lohnbewegung der Mäntelbader Bauarbeiter könnten wir dagegen nichts erfahren. Die Streiks der Steinärbeiter in Heintzschgrätz und Kühberg erzielten auf einem Siege. In Königswalde und Teplitz hingegen unterlagen die Steinärbeiter. In Königswalde ging mit dem Streik zugleich auch die Organisation verloren. Der Steinärbeiterstreik in Pechgrätz sond seinen Abschluß dadurch, daß die Ausständigen anderweitige Arbeit fanden. Von dem Streik der Steinärbeiter beim Brückenbau in Prag ist weiter nichts zu sagen, als daß er nach einiger Dauer beigelegt wurde. Auf welche Art dies geschah, darüber schwiegt des Sängers Hößelsch. Verloren gingen noch die Streiks der Bämmer in Prag und der Bauarbeiter in Saaz. Letzterer wurde von den Unorganisierten initiiert und hatte daher von vornherein keine Aussicht auf Erfolg.

In Steiermark kam nur ein Streik in Marburg zum Ausbruch, der auch mit Erfolg endete. Allein selber ist es wieder beim Alten geblieben; von einer Organisation ist keine Spur. In Graz fanden die Maurer und Bämmer eine kleine Lohnverbesserung, ohne Streik durch. Auch der Süden hatte eine rege Bewegung aufzuweisen. In Bozen streiten die Maurer zweimal und blieben jedesmal Sieger. Dagegen unterlagen die Bämmer trocken wohlbekanntem Sieg. In Südbrook legten jährlings Bauarbeiter auf einen Schlag die Arbeit nieder und ihr einflussloses Vorgehen wurde auch mit einem vollständigen Sieg belohnt. Dergleichen können wir von Trient über einen siegreichen Streik der Maurer berichten.

Die meisten der hier aufgezählten Streiks sind völlig unvorbereitet ausgetragen. Es ist daher um so erstaunlicher, daß verhältnismäßig wenige resultative Verläufe sind. Freilich ist andererseits wiederum die herübende Thatsache zu konstatieren, daß die Bauarbeiter nicht trachten, die Errungenschaften festzuhalten, sondern selbstige in vielen Fällen gar bald wieder fahren lassen. Dieser Umstand sagt uns, daß von einem wirklichen Klassenbewußtsein noch keine Rede sein kann. Um dieses Klassenbewußtsein unter den Bauarbeitern zu verbreiten, dafür wollen wir auch in diesem Jahre nach streiten.

Die Organisation hat im verflossenen Jahre am Ausbreitung im Allgemeinen zugenommen. In einer Reihe von Orten wurden Zweigvereine gegründet, und wenn es so fortgeht, werden auch die Bauarbeiter in absehbarer Zeit ein Netz von Organisationen in Österreich ausgebreiten haben. Allerdings gingen auch eine Anzahl von diesen Zweigvereinen wieder ein. Einzelne Misserfolge können uns jedoch in der weiteren Arbeit durchaus nicht hemmen. Der Kongress der Steinärbeiter zu Bingenheim in Wien wird seine Früchte tragen und den weiteren Ausbau der Steinärbeiterorganisation sehr förderlich sein. Der Verbandsstag der Bauarbeitervereine, der Mitte August gleichfalls in Wien tagte, sah einige wichtige Beschlüsse. Die Gründung von Verbandsgruppen wird der Anfang einer einheitlichen Organisationsform der Bauarbeiter sein, an der es bisher mangelt. Der Beschluß, die Verbandsabreise zur Leitung eines Betriebs zu einem gemeinsamen Reservefonds heranzuziehen, ist gleichfalls von großer Bedeutung, wenngleich der zu leistende Beitrag so gering ist, daß damit nicht viel gemacht werden kann. Aber immerhin ist der Grund zu gemeinsamem Vorgehen gelegt. Es wäre nur zu wünschen, daß die Organisationen, die dem Verband noch nicht angehören, denselben beitreten und daß die Verbandsvereine die Beschlüsse des Verbandsstages einholen, was leider nicht der Fall ist. Die Konferenz der Bauarbeiter in Welsböhmen trug auch schon einen Theil zur Verbreitung der Organisation bei, und wenn von

allen Seiten die Aufführung betrieben wird, dann wird es wohl, wenn auch langsam, aber doch vorwärts gehen.

Wenn wir also in der Provinz einen Fortschritt in der Bewegung feststellen können, so ist dies bei den Maurern und Hillarbeitern in Wien nicht der Fall. Es ist eigentlich, daß sich mit dieser großen Masse schlecht bezahlter und schwach bezahlter Arbeiter nichts Vernünftiges machen läßt. Man könnte an diesen dumplingen Elementen verzweilen; und doch muß immer wieder der Versuch gemacht werden, sie aus ihrer gefestigten Existenz zu erlösen.

Der, wenn auch geringe Fortschritt in der Organisation äußert sich auch bei unserer Zeitung. Wenn man fast ein Jahrzehnt im Defizit herumgeschwommen und Tag für Tag mit den argsten finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, freut man sich um so mehr, wenn dieser Zustand saniert und das Defizit endlich verwunden ist. Und in der That: der Rechnungsbuchstabe des Blattes vom Jahre 1888 wird der erste sein, der ohne Defizit abschließt. Das ist ein Fortschritt, der uns wirklich freuen kann. Die Auffrage des Bauarbeiter ist aber noch so klein gegenüber der im Baugewerbe beschäftigten Person, daß im besten Falle erst auf 500 deutsche Bauarbeiter ein Platz kommt. Und dieses Wirtschaftsverhältnis zu mildern, bedarf es noch vieler, vieler Arbeit. Ist es gelungen, das Defizit zu vertreiben, so wird es auch gelingen, das Blatt umfangreicher gestalten zu können, damit es den Anforderungen der Leser mehr entspricht. Deshalb ersuchen wir alle unsere Freunde, mitzuhelfen an der Verbreitung des Blattes, damit wir in die Lage versetzt werden, dem Wunsche nach Verbesserung Meldung tragen zu können. Und damit wollen wir unseren Nachteil schließen.

Was uns das Jahr 1889 bringen mag? Ganz bestimmt wiederum Kampf, Sorge und Kummer. Die Wirtschaftslage auf wirtschaftsfeindliche Gebiete sind keine guten. Vermehrte Steuern und Abgaben sind uns sicher. Allen von erhöhtem Lohn, vermehrtem Verdienst ist leider nirgends etwas zu erblicken. Die Bauarbeitszeit läßt sich nicht bestimmen, wie sie sein wird. Sehr selten sehr verschieden. Dort, wo viel zu thun ist, werden die Leute täglich schwören, ohne mehr zu verdanken, und dort, wo weniger zu thun ist, ist die Mäderel nicht geringer, der Verdienst jedoch noch schlechter. Darum haben die Bauarbeiter alle Kraft, daß mit aller Kraft eingetreten, daß unsere Organisation ausgebaut wird, um unsere traurigen Arbeits- und Lohnverhältnisse dauernd bessern zu können.

Zu Streiks und Lohnbewegungen wird es auch in diesem Jahr kommen. Die Bauarbeiter Welsböhmens haben den Unternehmern ein Memorandum überreicht. Wir müssen jedoch heute schon erklären, daß die Genossen dort alle Umstände genau erörtern sollen, bevor sie das Neuerste wagen. Ferner haben die Grazer Maurer und Bämmer ebenfalls Forderungen gestellt. Und wie viele Orte noch dem gleichen Beispiel folgen werden, kann man nicht voraussehen. Doch, mög kommen was will, wir werden stets unter Möglichstes thun, um die Interessen der Bauarbeiter zu fördern. Erklären die organisierten Fachkollegen ebenfalls gleichfalls ihre Pflicht, so wird es auch im Jahre 1889 wiederum etwas vorwärts gehen.

Aus unserer Bewegung.

(Rebalktionsabschluß für Versammlungsberichte und Eingesandtes Montags Abends 8 Uhr.)

Die am 21. Januar in der Bahnhofstelle Barlesien abgehaltene Mitgliederversammlung war von 18 Mitgliedern besucht. Nachdem der Tagesbericht verlesen und genehmigt war, kam ein Schreiben des Vertrauensmannes von Magdeburg zur Verleistung, wonach die hiesige Verwaltung erfuhr wurde, Bürger und Kärtner nach Magdeburg zur Kontrolle abzuführen. Die Versammlung lehnte jedoch dies Abhören ab mit dem Bewerben, daß diese Arbeit von der Verwaltung selbst befohlen werden könnte. Sodann wurde gefragt, daß die in Meixendorf wohnenden Mitglieder sich selten in den Versammlungen sehen lassen, im Bezahlten ihrer Beiträge sehr faulig sind und daß sie ihre Bücher und Kärtner behutsam vornehmen. Der Kärtner noch nicht abgeleitet haben. Auf Antrag des Kollegen E. J. Z. wurde beschlossen, die Meixendorfer Kollegen zu verpflichten, daß wenigstens jeden Monat durch einen Kollegen Bücher und Gelder an die Verwaltung abgeliefert werden. Dem Kollegen E. J. Z. werden die rückständigen Beiträge erlassen, da er ebenso lange arbeitslos ist, wie er Beiträge schuldet.

Am Sonntag, den 29. Januar, fand in Belling eine öffentliche, gut besuchte Maurerversammlung statt. Anwesend waren Kollegen von den Bahnhöfen Passewalt, Jahnitz und Hamm und Hämmer. Über den Bericht der Lohnkommission von den beiden Verhandlungen mit den Meistern fand eine ziemlich lange und erregte Diskussion statt; schließlich wurde folgende Resolution angenommen: "Die heute, am 29. Januar 1889, laufende Versammlung der Maurer von Passewalt, Jahnitz, Hammer und Umgegend, im Volks des Herrn Seulin in Belling, nimmt Kenntnis von dem Bericht ihrer Lohnkommission über die stattgehabten Verhandlungen mit den Meistern. Die Versammlung erklärt sich genau den Vorschlägen der Lohnkommission folgend, in diesem Jahre von ihrer Forderung: zehntägige Arbeitszeit mit entsprechender Lohnverhältnis Abstand zu nehmen, wenn die Meister die Einführung der zehntägigen Arbeitszeit für 1900 zulassen und sich bereit erklären, schon im Oktober dieses Jahres mit der Lohnkommission zwecks Festlegung der anderen Punkte im Tarif für 1900 zu unterhandeln. Falls die Meister die gewünschte Forderung nicht machen, wird an der aufgestellten Forderung, zehntägige Arbeitszeit und 85,- Stundentarif, festgehalten. Mindestens werden die Kollegen H. Kramer-Passewalt und B. Steinböhrt als Delegierte zum Bauarbeiterkongress am 19. März in Berlin gewählt. Mit einem brausenden Hoch auf den Centralverband wurde die Versammlung geschlossen.

Am 29. Januar fand in Bingenbach bei Gelangen eine öffentliche Maurer- und Steinhausbewerksammlung statt, in der Kollege Merck aus Nürnberg in einem auffallend langen Vortrage über das Thema „Arbeitgeberverbände und Arbeitersorganisationen“ referierte. Redner erinnerte für seine Ausführungen, die sich in den Grundzügen zusammenfassen lassen, eine starke Organisation in die best. Gendör für die Wohlthat der Arbeiter, reiches Beifall. Nach kurzer Diskussion wurde für Bingenbach eine Filiale der Bahnhofsteile Erlangen errichtet und Kollege Georg Böck zum Vertrauensmann gewählt. Midgen die Worte des Referenten auf guten Boden getreten seien und gute Früchte tragen.

Im Bruck sollte ebenfalls eine Versammlung stattfinden, es war aber leider Niemand erschienen. Da Bruck eine Hochburg

der Sozialdemokratie ist, wurde ein dezentraler Misserfolg nicht erwartet.

In Charlottenburg fand am 22. Januar die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Kollege Silber Schmidt gab einen Rückblick über die Lohnbewegung vom vorigen Jahre. Nach demselben hatte die Bahnhofstelle im verflossenen Jahre über 100 Bauarbeiter durchausführen, woran sich 2587 Kollegen beteiligten. Gevoren wurden davon 25 wegen Lohnforderungen, 19 wegen Maßregelungen, 8 wegen schlechter Behandlung seitens der Partiere oder Meister, 8 wegen Aussperrungen, 4 wegen Mißhandlungsfeststellung, 1 wegen unföldarischen Handelns einzelner Kollegen. Redner war der Ansicht, daß in diesem Jahre so viele Bauarbeiter nicht vorhanden können, wenn die Kollegen besser nach dem Streikreglement handeln. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: "Die heute in Bismarckshöhe versammelten Kollegen erklären, daß mit den Ausführungen des Kollegen Silber Schmidt einverstanden und verstanden, daß einzutreten, daß bei Bauarbeiter entschieden politischer vorgegangen wird." Der Kärtner gab hierauf die Abrechnung vom zweiten Quartal 1888/89 ab. Aus derselben war zu erkennen, daß im verflossenen Quartal 1888/89 die Hauptlast abgegangen sei, herabgesunken. Ausgelöscht verbleben zusammen mit dem Bestande vom vorigen Quartal, trotz verschlechternder Ausgaben, A. 811,74. Der Kärtner wußte auf Antrag der Meister entlastet. Das Andenken des verstorbenen Kollegen August Duber wurde durch Erheben von den Plänen geachtet. Als Delegierte zur Konferenz des Bezirksbundes der Maurer für die Provinz Brandenburg wurden die Kollegen W. Schulz und C. Schönborn gewählt. Ferner wurde beschlossen, den durch den Terrorismus bei Unternehmern ausgelösten Webern in Kreisfeld A. 50 zu überweisen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

— In der am 21. Januar in Bismarckshöhe stattgefundenen Mitgliederversammlung gab W. Schulze und Max J. Berchtold einen Bericht über die vorsjährige Lohnbewegung. Alles beachtenswert ist anzuführen, daß in Berlin und Umgegend durch die Verbandsmitglieder A. 7400 mehr aufgebracht wurden als durch die Fachvereiner. Die Kollegen W. Schulze und Bunge wurden hierauf als Lohnkommissionmitglieder wiedergewählt. Von der Wahl eines Vertrauensmannes wurde mit Rücksicht darauf, daß jetzt alle Angelegenheiten vom Verbande geregelt werden, Abstand genommen. Die Kollegen Buisse, Pfeiffer und Sieber wurden beauftragt, den bisherigen Vertrauensmann zu revidieren. Der Kollege Buisse wurde als Beitragszahler gesammelt. Die Lohnkommissionmitglieder wurden verpflichtet, sämtliche Sitzungen der örtlichen Verwaltung beizuwohnen. Schulze gab noch bekannt, daß am 1. Februar die Sammelfesten aufzugeben werden und die Sammlungen in der Woche vom 18. bis 18. Februar beginnen. Der Beitrag beträgt wöchentlich 25,-.

Die am 22. Januar in Dresden in der „Südlichen Rue“ stattgehabte, sehr gut besuchte Maurerversammlung beschloßt, daß mit der diesjährigen Lohnfrage, zum 1. Punkte des Tagesordnung, erststellt die Lohnkommission Bericht über die Lohnbewegungen der letztergangenen Jahre. Kollege Friedrich griff in sehr ausführlicher Weise auf die Bewegungen von 1885 und 1886 zurück, ging dabei eingehend auf die Erfolge und verlor dann ungefähr folgendes aus: Da im Jahre 1887 nur helle Lohnherreibungen eintaten, wurde im Jahre 1888 eine Zulage von 5,- pro Stunde gefordert. Diese Forderung wurde aber in der Verhandlung, welche zwischen der Innung und der Lohnkommission stattfand, auf 2,- pro Stunde herabgesetzt. Die Meister begründeten dies damit, daß sie schon färmliche Abforde und Verträge für diese Zusatzzulage abgeschlossen hätten, sie verbrachten aber, im Januar nächsten Jahres — zwecks Regelung des Lohnes wieder mit der Kommission in Unterhandlung zu treten. Der Dödner schloß mit der Bekanntgabe der Arbeitslohn- und Lautenabreise, welche vergangenes Jahr aufgenommen wurden. Die Kollegen B. Berger und Koch ergänzten den Bericht, indem sie auf die Einschätzung der 17 Bauarbeiter, welche sich im Vorjahr zur Durchführung der Forderung notwendig machten, näher eingingen. Zum 2. Punkt: Wollen die Dresdener Maurer in diesem Jahre Lohnzulagen verlangen? Entpuppte sich eine lebhafte Debatte, in welcher sich alle Dödner darin ausdrückten, daß eine Lohnherreibung unmöglich notwendig sei. Es wurde dann auch der Kollegen Horster gestellte Antrag: Die Lohnkommission wird beauftragt, auf Grund der im vorjährigen Jahre mit der Innung getroffenen Abmachungen wieder mit derselben Unterhandlungen anzubauen und dabei auf den in Aussicht gestellten Stundenlohn von 50,- hinauszuhandeln, einstündig angenommen. In die Lohnkommission wurden die Kollegen Friedrich, Berger, Koch wieder und Stielzner neu eingewählt. In „Gewerkschaftliches“ machte der Vertrauensmann auf die wieder beginnende Hausagitation aufmerksam und forderte zu rege Beteiligung auf. Es wurden dann noch die am Bauhau in Neustadt von den Unternehmern W. Schmid und B. Langlotz gezahlten niedrigen Abordpreise einer schärfsten Kritik unterzogen und der Vorstand schloß mit dem Hinweis auf die am 2. Februar stattfindende Bauarbeiterverammlung und mit einem fröhlichen Appell zur regen Agitation und Mitarbeit für unsere Gewerkschaftsziele die laufende Versammlung.

In Düsseldorf tagte am 27. Januar eine öffentliche Maurerversammlung, die sich mit den auf der Bahnstelle „Schwabenbräu“ ausgetragenen Differenzen zwischen dem Maurermeister Eicholtz und seinen Leuten zu beschäftigen hatte. Nach den Darstellungen des Kollegen Schleicher standen 1888/89 45,- Stundentarif, ausgeschlagen, 40,- ausbezahlt. Ferner hat der Kärtner den Kollegen W. Döbbelbeck, als dieser ihn wegen des Lohnes zur Seite stellte, von einem Arbeiter überfallen und schlagen lassen. Ja, der Kärtner hat den Kollegen selber an der Brücke gepackt und ihm zugesetzt: „Wenn Sie ein Kerl sind, so verhauen Sie mich doch.“ Jedoch hätte er die Absicht, den Kollegen, wenn dieser die Forderung erfüllt, den Unternehmern zu überweisen, was leichter möglich war, ordentlich durchdringen zu lassen. Den Kollegen Hoffmann ist es bei einem anderen Arbeiter ebenso ergangen. Dieser würdigte Meistervertreter hat sogar die

Wurde in der Hand, um, wenn ein Kollege zur Beurteilung seiner Nothdurft länger als fünf Minuten gebraucht, diesem eine Stunde Zeit zu geben. Auf Antrag des Kollegen Schleicher wird über die Bauten dieses Unternehmers die Sperrre verhängt. Der Vorsitzende legte den Kollegen darauf sein Herz, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß die Sperrre siegreich durchgeführt werde. Nachdem dann noch Kollegen Krieglitz die Kollegen auf die Unfallversicherungsvereinbarungen aufmerksam gemacht und erfuhr, daß sich strengstens nach denselben zu richten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Am 8. Februar hielt die Zahlstelle Glensdorf ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Meyer gab in längeren Ausführungen einen Blick über die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse nach dem Streit. Trotz der milden Witterung, und obgleich Arbeit genügend vorhanden, lachten doch noch nicht alle Kollegen in Arbeit kommen; es blieben noch zu untersuchten 12 Kollegen mit 27 Stimmen; es blieben noch zu untersuchten 12 Kollegen mit 27 Stimmen. Diese Kollegen werden auch wohl noch so leicht keine Arbeit bekommen. Obgleich die auswärtigen Kollegen rechtzeitig darum ersucht wurden, Flensburg noch auf einige Zeit zu meiden, kommen doch die Männer in kleinen Scharren überzeugt, und sie bekommen auch gleich Arbeit. Das Schlimme bei der Sache ist, daß unter den Betroffenen sich auch sehr viele Verbandskollegen befinden. So ganz unsere Nachbarstadt Meldorf sind Verbandskollegen, und unter diesen Mitglieder der örtlichen Verwaltung, sicher gekommen, um den hier ansässigen Kollegen das Vorrecht zu nehmen. Es kann nicht sicher genug darauf hingewiesen werden, daß die Kollegen durch ihr Verhalten lediglich die Meister unterstützen und die Flensburger Mitglieder sowohl, als auch den Verband in hohem Grade schwägen. Hoffentlich werden diese wenigen Seiten genügen, um die Kollegen zu veranlassen, vorläufig noch nicht nach Flensburg zu reisen.

Am 29. Januar hielt die Zahlstelle Hintersee ihre Mitgliederversammlung ab. Leider waren von 68 Kollegen wieder nur 29 erschienen. Es wird bei uns immer schöner. Jetzt im Winter, wo alle Kollegen zu Hause sind, könnte wohl ein jeder kommen. Mit welcher Lust würde der Bevollmächtigte die Versammlung leiten, wenn die Kollegen "mal alle da wären". Vor Eintritt in die Tagessordnung gebaute der Bevollmächtigte des verstorbenen Kollegen Meyer und forderte die Versammlung auf, das Andenken des verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Söhnen zu ehren. Das geschah. Im ersten Punkt der Tagessordnung verlas der Kassier die Abrechnung, und wurde dies genehmigt. Als erster Bevollmächtigter wurde Kollege Höhne wiederholt mit allen gegen eine Stimme. Als erster Kassier wurde Kollege Friederich Böckeler gewählt. Bei der darauf stattfindenden Stichwahl eines Delegierten fielen auf den Kollegen Kauer aus Alnaburg 19 Stimmen und auf Kollegen Tiefenbach 8 Stimmen. Darauf schloß der Bevollmächtigte die Versammlung.

Die Zahlstelle Horau hielt am 29. Januar ihre regelmäßige, leider nur schwach besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Nicolaus Schmidt erstattete für den erkrankten Kollegen A. Hermann einen Bericht über die Kreisförderung in Ostendorf, sowie über die Kosten und Verbandsverhältnisse im vergangenen Jahre. Nach dem Jahresbericht haben Ratsgefunden 12 Mitgliederversammlungen und 8 Sitzungen. Ferner wurden 2 Landes- und 4 Kreiskonferenzen, sowie 2 Sitzungen durch Delegierte besucht. Die Mitgliederzahl stieg von 48 auf 102. Die Einnahme an Wochen- und Streitkondobabettungen betrug M. 684,80, wovon an die Haupt- resp. Streitkondobafe M. 569,72 abgezogen wurden. Der Agitationsteil in Frankfurt a. M. wurden M. 24,10 überwiesen. Die Ausgaben der Losalverwaltung betrugen M. 76,88 und in Kasse verblieben M. 28,95. Zum Schluß wurden die Anwesenden ermahnt, die Südmänner aufzurüsten, damit sie in den nächsten Versammlungen erneut erscheinen. Dieselben erhielten letzten Sonntag im Monat statt. Der Bevollmächtigte wird von nun an eine Liste führen, um die säumigen Mitglieder festzustellen. Hoffentlich wird dies genügen, um die Kollegen zu veranlassen, die Verpflichtungen immer recht zu beenden.

In Königslutter fand am 29. Januar eine öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Tiecke Hannover sprach über die wirtschaftliche Lage der Maurer. Er entledigte sich seines Auftrages in geschickter Weise, wofür ihm reicher Beifall zu Theil wurde. Unterstützt wurde Niedner durch die Ausführungen des Reichstagabgeordneten des hiesigen Kreises, Geistler Wenzel, sowie der Kollegen Wille, Helmuth und Büsse-Hämmerer. Hierauf wurde beschlossen, eine Zahlstelle zu errichten. 53 Kollegen erklärten sich durch Namensunterschrift hierzu bereit. Als Vertrauensperson bis zur nächsten Versammlung am 12. Februar, also zur Wahl der örtlichen Verwaltung bestimmt, wurde Kollege Behrend jun. bestimmt.

Am Sonntag, den 29. Januar, fand in Laat bei Nürnberg eine Maurerversammlung statt, in der eine Zahlstelle gegründet wurde. Kollege Oscar Wilhelm hielt einen längeren Vortrag über "Mitten und Werth einer Organisation". Lebhafte Befreiungsbegegnungen lohnten sich am Ende der Ansprechungen des Reichstagabgeordneten des hiesigen Kreises, Geistler Wenzel, erster Bevollmächtiger; August Hesse, erster Kassier. Mit einem Hoch auf den Centralverband wurde die Versammlung geschlossen.

In Langenselbold fand am 22. Januar eine öffentliche Maurerversammlung statt, welche leider nur schwach besucht war. Kollege Herborn aus Frankfurt a. M. hielt einen längeren Vortrag über "Mitten und Werth einer Organisation". Lebhafte Befreiungsbegegnungen lohnten sich am Ende der Ansprechungen. Kollege Höhne erfuhr die Kollegen, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß die dem Verband noch fern stehenden Maurer ebenfalls organisiert werden, um in dem bevorstehenden Kampfe um die Erringung besserer Lebensverhältnisse als treue Mitglieder wirken zu können. Mit einem begeistert ausgedachten Hoch auf den Verband fand die Versammlung ihr Ende.

Am 29. Januar hielt die Zahlstelle Marienthal eine Versammlung ab, in welcher Kollege Schlinke einen längeren Vortrag hielt. In einstündigem Rede belehrte er die im Baugewerbe tätigen Maurer, die Nothläufe der deutschen Bauarbeiter und die Lohnsätze, die zur Abschaffung dieser Nebstände geführt werden müssten. Ein fröhliches Brand bezeichnete den Niedner am Schluß eines fröhlichen Ausführungen. Im Punkt "Verschiedenes" wurde Kaufmann wegen Veruntreuung von M. 66 Verbandsabgabern aus dem Verband ausgeschlossen. Nach Erledigung einiger weiterer interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Zahlstelle Nordenau hatte am Anfang des vorliegenden Jahres nur eine starke Bausättigung zu verzeichnen. Über zwei

Unternehmer, die den Lohntarif der Gesellen nicht anerkennen wollten, wurde die Sperrre verhängt. Die Herbstbauperiode war etwas besser als die des Frühlings und Sommers, was zur Folge hatte, daß sich die Gesellen befreiten und den Tarif anerkannten. Die Sperrre haben also ihren Zweck vollständig erreicht. Ein Versammlungsfest steht den Mitgliedern nicht zur Verfügung und können daher nur Zusage in einer Privatzimmer abgeben werden. Von den Indifferenzen und Streitbrechern sind mehrere durch die Verhältnisse gezwungen worden, sich wieder in den Verband aufzunehmen zu lassen. Während sonst die Zahl der Mitglieder 25 nicht übersteigt, ist sie jetzt auf 40 angewachsen. In wöchentlichen Beiträgen wurden eingetragen M. 236,40, an Beiträgen zum Streitkondobafe M. 129,85 und an Eintrittsgeldern M. 6; Summa M. 372,95.

Die Zahlstelle Nidvorwitz hielt am 17. Januar bei Gröpelin ihre Generalversammlung ab. Da vor dem Kassirer Decharge erhielt. Die Ratsverschärfungen wurden genehmigt und zwar im ersten Halbjahr M. 10. Auf Betreiben der Kommission habe am 27. März 1898 die erste Landeskonferenz der Maurer in Weimar stattgefunden, auf welcher zehn Orte durch 18 Delegierte vertreten waren, und zwar Stuttgart durch drei, Cannstatt zwei, Göppingen zwei, Sindelfingen einen, Heilbronn einen, Böblingen drei, Sindelfingen einen, Ebingen einen, Remchingen einen, Feuerbach drei Vertreter. Eine größere Agitationstour habe im Juli stattgefunden, welche vom Kollegen Stolle ausgeführt wurde. In Briefen sind eingegangen 88, sowie 84 Petitionen, ausgetragen 128 Briefe und 4 Petitionen. In der Diskussion sprach der Kollege Stolle an, daß es Sachen der gewählten Kommission sei, welche schon die Agitation auf dem Laube zu entfachen, denn dadurch könnten die Kollegen herangezogen werden. Ein Antrag, eine fünfzehnköpfige Kommission zu wählen, wurde angenommen. Weiter wurde die Anregung gemacht, in diesem Jahre wieder eine Konferenz statzuden zu lassen, und zwar noch vor dem Verbandskongreß. Hierauf wurde die Neuwahl der Kommission vorgenommen und wurden gewählt die Kollegen Stolle, Al. Schröder, Altvater und Hummel.

In Weimar bei Gotha lagte am 22. Januar eine öffentliche Maurerversammlung zwecks Gründung einer Verbandszahlstelle. Nachdem der Nutzen der Organisation den Kollegen klar gemacht und die wirtschaftliche Lage der Maurer Deutlichlands genügende Bedeutung erschienen, wurde zur Aufnahme der Mitglieder gefordert. Anwesend waren zwölf Kollegen, davon gehörten bereits zehn dem Verbande an, die anderen beben Kollegen ließen sich ebenfalls aufnehmen; später ließ sich noch ein Mitglied aufnehmen. In die örtliche Verwaltung wurden gewählt: Ch. Beck als erster Bevollmächtigter und Th. Häner als erster Kassier. Bevollmächtigt wurde noch, ebenfalls eine Kommission einzulegen und wurde die Wahl des drei Mitglieder bestellten sofort vorgenommen. Darauf folgte Schluß der Versammlung.

In Bönen fand am 28. Januar eine öffentliche Maurerversammlung statt. Der Bericht war, wie stets, nur ein mäßiger, und diese traurige Aussicht ist wohl auf die große Interessenlosigkeit der Kollegen zurückzuführen. Die Versammlung nahm zunächst einen Bericht entgegen über die Verbandsbewegung im verlorenen Jahre und wählte dann eine Ratskommission, bestehend aus vier Mann. Als Ratsversammlung saßen in Vorstand Albert Krüsten und Wilhelm Raum.

Ginnahme:

Nassenbestand von 1897 M. 70,68

Für Eintrittsbeitr. M. 197 Mitglieder & 50 A. 88,60

Für 12,225 wöchentl. Beiträge & 20 A. 244,65

" 8 Erlassb. & 25 A. 75

" 5 Protokolle & 20 A. 1

An Streitkondob. 8,70

Summa M. 261,63

Ausgabe:

An die Hauptkasse eingeladen M. 1908,18

Vor Agitation 209,88

" Protokolle und Schreibmaterial 52,85

" Grundstück-Vorbereitung 84,40

" Veräußerung des Kassiers 88-

" sonstige Ausgaben 44,40

" Neidabsturz an zwei Mitglieder 4,78

An die Agitationskommission 80-

Summa 221,63

bleibt demnach ein Rattenbestand von M. 202,64. Sodann gab der Bevollmächtigte ein übersichtliches Bild über die sonstige Täglichkeit der Zahlstelle. Es wurden im verlorenen Jahre 14 Mitgliederversammlungen, 9 Sitzungen der örtlichen Verwaltung und 5 andere Sitzungen. In die örtliche Verwaltung wurden gewählt als erster Bevollmächtigter O. Lehmann, als erster Kassier W. Schröder und als Hilfskassier für Weiß: Thüring. Ein Antrag des Kollegen Joh. Böckeler, der Kollegen Willi als Delegierten zur Kreiskonferenz zu bestellen, wurde angenommen. Darauf erfolgte um 11 Uhr Schluß der Versammlung.

Die Zahlstelle Schleiden hielt am 29. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab; dieselbe war etwas etwas beschränkt als die vorhergehende. Gleichzeitig verlor der Kassier die Abrechnung vom dritten Quartal. Auf Anregung des Bevollmächtigten bestand der Kassier auch die Namen der reitenden Mitglieder bekannt; es waren im Ganzen 19, und größtentheils aus dem Kreis Düsseldorf. Die Kollegen Wille und Böhm erhielten den Auftrag, die sämigen Mitglieder persönlich an ihre Pflicht zu erinnern. Die Zahl der verlorenen Mitglieder, die einem früher gestellten Beschluss, wonach jedes Mitglied 20 Unterstellungsabzwecken für das Jahr 1898 zu entnehmen habe, entsprach garnicht oder nur zum Theile nachgekommen sind, beträgt 71. Einige dieser Kollegen führen sich beschwert darüber, daß ihre Namen vereilt waren; sie glaubten, nicht nötig zu haben, ihre Karren auszuhändigen. Von dem Bevollmächtigten und Kollegen Böckeler wurde darauf hingewiesen, daß der Beschluss bereits Einstimmung der Partei zweifelsfrei nicht neu, sondern schon im Vorjahr gefasst worden sei. Die Karrenkontrolle wurde auch am Ende dieses Jahres wieder vorgenommen, was sich jeder Kollege merken möge. Um Sicherheitlichkeit zu erhalten, werden die Kollegen gut thun, die Wagen recht sorgfältig einzustellen, damit sie sich nicht wieder loslösen und zerören. Einige der Kollegen, die während des Streits in Leipzig dort als Arbeitswillige gearbeitet haben, halten sich zur Wiederaufnahme in den Verband gemeldet. Es wurde beschlossen, für Dienstzeiten aufzunehmen die nicht anlaß gegeben haben, daß Streitende mit Gehalt oder Gehaltsnachstrafen belegt werden.

In der Zahlstelle Schwedt a. d. O. fand am 22. Januar eine Mitgliederversammlung statt. Nachdem der Kassier die Abrechnung verlesen, wurde ihm Decharge erteilt. In die örtliche Verwaltung wurden gewählt: Kollege Lang als erster Bevollmächtigter, und Kollege Grämk als erster Kassier. Als Neurorenen wurden Lebere, Sarow und Bachtel gewählt. In Vereinsangelegenheiten wurden vom Kollegen Lang die Kämpfe, welche zwischen den in Alsfeld und den im Ziegelhof arbeitenden Maurern geführt werden, einer Besprechung unterzogen. Es führte dabei aus, daß diese Kämpfe sich in der überwältigenden Weise auszugsliessen; durch die Kollegen, welche im Alsfeld arbeiten, wurden Hunderte auf das Strafenpfaster geworfen. Niedner forderte die Kollegen auf, sich doch in seiner Weise an der Alsfelder Arbeit zu beteiligen. Nach langer Debatte stellte es sich heraus, daß Kollege Fischbeck sich auch an der Alsfelder Arbeit in Berlin beteiligt. Aufsorfer zum Bevollmächtigten, sich zu erklären, ob er die Alsfelder Arbeit einstellen wolle oder nicht, da er sonst aus dem Verbande ausgeschlossen würde, erklärte Fischbeck, die Alsfelder Arbeit nicht aufzugeben zu wollen. Hierauf wurde er aus dem Verbande ausgeschlossen. Im Weiteren wurde den bisherigen Neurorenen Danf ausgesprochen, daß sie immer zur Zeit und Stunde auf dem Posten gewesen sind. Zum Delegierten zur Provinzialkonferenz wurde Kollege Fischbeck gewählt. Zur "Vertriebenen" wurde beschlossen, ein Wintervergnügen abzuhalten. Ferner wurde gegen die Streitkondobafe vom Jahre 1894 die Beschuldigung erheben, daß Ureigentümlichkeiten vorgekommen sein sollten, welche über von der damaligen Kommission glänzend widerlegt wurde. Darauf folgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Am Sonntag, den 22. Januar, fand in Tübingen im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Maurerversammlung statt, in welcher die Agitationskommission Stuttgart ihren Jahres- und Glastenbericht gab. Der Vorsitzende, Kollege Stolle, führte an, daß zu Anfang des Jahres 1898 im Agitationsbereich 14 Zahlstellen des Verbandes bestanden hätten, und zwar in Stuttgart, Cannstatt, Feuerbach, Heilbronn, Böblingen, Ebingen, Remchingen, Glasbüttel, Göppingen, Esslingen, Schramberg, Ludwigshafen, Mühlacker, Weilbach und Konstanz, von welchen die letzten vier wieder eingegangen seien; trotz aller Mühe und Arbeit der Kommission sei es doch nicht möglich gewesen, die Zahlstellen zu erhalten. Es fehle eben immer an den halbtäglichen Kollegen am Orte selbst. Deputen seien neue Zahlstellen gegründet worden in Sindelfingen und Dettenhausen. In Sindelfingen und Heilbronn, wo schon früher Zahlstellen bestanden, lebten dieselben wieder auf, so daß am Schluß des Jahres der Verband mit 14 Zahlstellen wieder der gleiche war. Versammlungen seien im Ganzen durch die Kommission arrangiert worden 81, und zwar im ersten Halbjahr M. 21 und im zweiten Halbjahr 10. Auf Betreiben der Kommission habe am 27. März 1898 die erste Landeskonferenz der Maurer in Weimar stattgefunden, auf welcher zehn Orte durch 18 Delegierte vertreten waren, und zwar Stuttgart durch drei, Cannstatt zwei, Göppingen zwei, Sindelfingen einen, Heilbronn einen, Böblingen drei, Sindelfingen einen, Ebingen einen, Feuerbach drei, Böblingen und Cannstatt einen. Ein Antrag, eine fünfzehnköpfige Kommission zu wählen, wurde angenommen. Weiter wurde die Anregung gemacht, in diesem Jahre wieder eine Konferenz statzuden zu lassen, und zwar noch vor dem Verbandskongreß. Hierauf wurde die Neuwahl der Kommission vorgenommen und wurden gewählt die Kollegen Stolle, Al. Schröder, Altvater und Hummel.

In Weimar bei Gotha lagte am 22. Januar eine öffentliche Maurerversammlung zwecks Gründung einer Verbandszahlstelle. Nachdem der Nutzen der Organisation den Kollegen klar gemacht und die wirtschaftliche Lage der Maurer Deutlichlands genügende Bedeutung erschienen, wurde zur Aufnahme der Mitglieder gefordert. Anwesend waren zwölf Kollegen, davon gehörten bereits zehn dem Verbande an, die anderen beben Kollegen ließen sich ebenfalls aufnehmen; später ließ sich noch ein Mitglied aufnehmen. In die örtliche Verwaltung wurden gewählt: Ch. Beck als erster Bevollmächtigter und Th. Häner als erster Kassier. Bevollmächtigt wurde noch, ebenfalls eine Kommission einzulegen und wurde die Wahl des drei Mitglieder bestellten sofort vorgenommen. Darauf folgte Schluß der Versammlung.

In Bönen fand am 28. Januar eine öffentliche Maurerversammlung statt. Der Bericht war, wie stets, nur ein mäßiger, und diese traurige Aussicht ist wohl auf die große Interessenlosigkeit der Kollegen zurückzuführen. Die Versammlung nahm zunächst einen Bericht entgegen über die Verbandsbewegung im verlorenen Jahre und wählte dann eine Ratskommission, bestehend aus vier Mann. Als Ratsversammlung saßen in Vorstand Albert Krüsten und Wilhelm Raum.

Stuttgarter.

Berlin. Die Stuttgarter Berlins und Umgegend hielten am Montag, den 20. Januar 1898, bei Busse eine öffentliche Versammlung ab. Über den ersten Punkt der Tagessordnung: "Bauarbeiterbericht", hielt der Reichsbaudirektor Busse einen interessanten Vortrag. An der Hand eines reichen statistischen Materials wies derselbe die heutigen Münzstände im Baugewerbe nach und unterzog die heutige Arbeitserfordernis-Befreiung einer scharfen Kritik. Ein der mit lebhaftem Beifall ausgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, in welcher von verschiedenen mehrere Kandidaturen angeführt wurden, wo Münzstände besonders kräftr. Art sich bemerkbar gemacht hatten. Es gelangte darauf eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der sich die Kollegen berüßlichen, alle Münzstände, von denen sie Kenntnis erhalten, zur ungemeindeten Kenntnis der für Berlin gewählten Bauarbeiterberichtskommission zu bringen. Hierauf berichtet Busse über den Zustand der Seeger im Berliner Latal-Ansager. In eingehender Weise wurden die Kollegen aufgefordert, in allen Kreisen für Abhaltung, sowie für Münzunterstützung des Blattes durch Interesse zu agieren. Es gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, welche die Kollegen berüßlicht, die am 29. Januar in der Volksversammlung gefasst wurde.

Darmstadt. Am Dienstag, den 21. Januar, tagte hier die Hauptversammlung des Filiale des Stuttgarterverbandes,

welche gut besucht war. Zum ersten Punkt der Tagessordnung:

"Bauarbeiterbericht", hielt der Reichsbaudirektor Busse einen interessanten Vortrag. An der Hand eines reichen statistischen Materials wies derselbe die heutigen Münzstände im Baugewerbe nach und unterzog die heutige Arbeitserfordernis-Befreiung einer scharfen Kritik. Ein der mit lebhaftem Beifall ausgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, in welcher von verschiedenen mehrere Kandidaturen angeführt wurden, wo Münzstände besonders kräftr. Art sich bemerkbar gemacht hatten. Es gelangte darauf eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der sich die Kollegen berüßlichen, alle Münzstände, von denen sie Kenntnis erhalten, zur ungemeindeten Kenntnis der für Berlin gewählten Bauarbeiterberichtskommission zu bringen. Hierauf berichtet Busse über den Zustand der Seeger im Berliner Latal-Ansager. In eingehender Weise wurden die Kollegen aufgefordert, in allen Kreisen für Abhaltung, sowie für Münzunterstützung des Blattes durch Interesse zu agieren. Es gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, welche die Kollegen berüßlicht, die am 29. Januar in der Volksversammlung gefasst wurde.

Königsberg. Eine Versammlung der Stuttgarter Berlins, welche sich mit der Revision des Lohntarifs beschäftigte, tagte am 29. Januar die Gewerkschaftskommission. Der Ablauf des Tarifs

im Januar ist folgender: Damit beginnt der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

Der Tarif für die Gewerkschaften, die im Januar eingetragen sind, und endet am Ende des Januars.

chon von den Meistern nach dieser Richtung hin gearbeitet wird. Denn obwohl am Orte bis 20 Arbeitsstöfe in unserem mit den Prinzipalen gemeinschaftlich geführten Arbeitsnachwuchs eingebracht sind, umgeht man denselben und annonciert fortwährend, sonst man, wenn es zu einem Kampfe kommen sollte, genug gefügige Kräfte hat. Es ist darum eines jeden Kollegen Wunsch, sich über die Verhältnisse am Platze zu orientieren, um nicht und seine Kollegen zu schädigen. Alle Anfragen, um die Lohnkommission gern beantworten und sind selbiges zu richten an Stoffweiter Hirschfeld, Restaurant "Baudorfer", Galeriestraße. Durch Beschluss wurden den Kreisler Webern vorläufig M. 60 überwiesen und hierfür sind extra Marken zu entnehmen.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 24. Januar, tagte hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Stoffweiter. Vor Eintritt in die Tagessitzung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Lorenz Wanner an einer von Egelsbach durch Erheben von den Söhnen geehrt. Dann erhielt die Wahl der Lohnkommission geschritten, welche auf Verlangen der Versammlung aus acht Mitgliedern bestehen soll. Sie erhielt den Auftrag, ein Schriftstück auszuarbeiten betreffs unserer Lohnforderung, welche dann der nächsten öffentlichen Versammlung vorgelegt werden soll; wird es von dieser für gut befunden, dann soll es den Herren Meistern zugestellt werden. Als Delegierten zur Volksversammlung wurde Kollege Gründel gewählt und als Beifänger zum Gewerbeleiter Kollege Mühl. Den Kollegien fällt es hier der Schaden, den er durch die Gewerbevergleichsrichtung erleidet, vom Betrieb aus vergütet werden. Zum Schluss wurden die Kollegen aufgerufen, den Wenigen, die uns hier am Platze noch fern stehen, die Wichtigkeit der Organisation klar zu machen.

Krefeld. Am 28. Januar fand hier eine öffentliche Stoffweiterversammlung statt, die sich in ihrem ersten Punkte der Tagessitzung mit dem Obersterbetrieb beschäftigte. Nachdem vom Vorsitzenden die Entschließungsfähigkeit des Kreisels klar festgestellt worden war, wurde von ihm darauf hingewiesen, daß dieser Streit von den Fabrikherren zu einem Machtkampf zu gestalten sei; es gäbe, die Organisation der Weber zu unterstützen. Würden die Weber in diesem Kampfe unterliegen, so würde damit auch den Arbeitern im Bauwesen ein Schlag zugefügt. Deshalb hätten auch die Stoffweiter ein großes Interesse an dem Ausgang des Kampfes und es sei ihre Wunsch, die Streikenden nach Kräften zu unterstützen. Eine zu Gunsten der Streikenden vorgenommene Sammlung ergab M. 5,80, wozu noch aus der Votafasse M. 20 zugesetzt wurden. Der zweite Punkt der Tagessitzung betraf den im März in Berlin stattfindenden Bauarbeiterkongreß. Es wurden Anträge gestellt, betreffend Schutzberechtigungen, Aborte, Haububen, Heizung usw. Hierauf verlas der Vertretungsmann, Kollege Püller, einen Brief der Agitationskommission, worin die Kollegen erzählt werden, daß die Agitationsfonds besser zu fordern. Es wurde dann noch von der Versammlung der Wunsch gehabt, die nächste Konferenz für Rheinland und Westfalen möge in Düsseldorf abgehalten werden.

Leipzig. Am Donnerstag, den 28. Januar, tagte im Restaurant Spies eine öffentliche Versammlung. Im ersten Punkte der Tagessitzung wird eine Tarifkommission von fünf Kollegen gewählt, welche einen neuen Tarif unter Berücksichtigung der Werksarbeiter auszuarbeiten hat. Im nächsten Punkte Vorschläge zu Generalversammlungsbetretern der Distanzstrasse berichtet zunächst die bürgerliche Vertreter, wie sich die Gewählten zu verhalten haben, und welcher Arbeit sie sich eventuell zu unterziehen hätten. Hierauf werden die Kollegen Schäfer, Kubel, Döring und Kappeler als ständige, Hesse und Vogel als stellvertretende Generalversammlungsbetreter vorschlagen. Alsdann berichtet Kollege Kremers von Unternehmungsseiten. Die Einnahmen belaufen sich im letzten Quartal auf M. 429,80 und die Ausgaben auf M. 172,58, wobei ein Überschuss von M. 257,22. Die Weisungen finden die Kasse in besserer Ordnung, woran der Vertretungsmann entlastet wird. Der dritte Punkt „Arbeitsabnahmeweis“ gleicht in Anfang zu einer lebhaften Debatte. Von den meisten Arbeitern wird hervergehoben, daß die schwere Handhabung des Arbeitsabnahmeweises unbillbare Zustände in Gefahr bringt, könne es doch unter keinen Umständen mehr so fortgesetzt werden, daß man einfach den Unternehmern bleibende Deute, welche sie sich wünschen, zuschildet, und andere einmal mit ihnen über den Tarif oder sonstige Angelegenheiten in Streit gerathen sind, einfach ihrem Schiedsgericht überlässt. Im Laufe der Debatte wird ein Antrag angenommen, mit diesem System zu brechen und weiterhin nur strikte nach dem Arbeitsnachweisreglement zu handeln. Des Weiteren wird die Arbeitsnachweiskommission ermächtigt, das bestehende Reglement noch weiter auszuarbeiten, und den verschiedenen Mängeln, welche noch bestehen, abzuhelfen. Nachdem man noch gegen das Schreiben des Unternehmers Schmelz ex ganz gehörig protestiert, werden unter „Gewerkschaftsleuten“ den Kreisler Webern M. 100 zur Unterstützung übertragen.

Krankenkasse.

Berlin. Die hiesige örtliche Verwaltungsstelle der Zentralkrankenkasse der Männer ic. „Grundstein zur Einigkeit“ hielt am 29. Januar eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagessitzung erörerte die Versammlung das Andenken der im letzten Quartale verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Söhnen. Dann erstattete der Kassirer Vogl an den Kreislerbericht vom 4. Quartal 1898. Nach denselben betrifft die Einnahme insl. Rosenthalerstand vom 3. Quartal M. 83 905,52, die Ausgabe M. 83 593,14, wovon M. 9000 an die Hauptkasse in Altona geführt wurden, so daß am Schlusse des Quartals ein Kassenbestand von M. 812,88 vorhanden war. In der Sterbekasse betrug die Einnahme M. 118,19, die Ausgabe M. 109,45 und der Kassenbestand am Schlusse des Quartals M. 8,54. Die Jahresabschlußrechnung betrug, insl. M. 7500 Aufschluß aus der Hauptkasse, M. 130 936,07, die Ausgaben belaufen sich auf M. 130 822,69, insl. M. 26 000, die an die Hauptkasse eingeliefert wurden. In Kasse verblieben, wie bereits bemerkt, M. 812,88, so daß also die Verwaltungsstelle einen reinen Überschuss von M. 17 500, aber M. 2000 weniger als im Vorjahr, an die Hauptkasse abliefern konnte. Gegen die Abrechnung wurden Einwendungen nicht gemacht, jedoch wurde beschlossen, den Kassirer zu verpflichten, die Ausgaben für die Verwaltung in jedem Quartal speziell aufzustellen. In die kreisliche Verwaltung wurden genehmigt Paul Hoffmann als erster Kassirer, Michaelis als zweiter Schriftführer und Träger als Revisor. In der Ver-

triebst sich gegen Teuer bewährt. Vielleicht wird die Verwendung von Asbest mit der Zeit auch für unsere Kolonien von Bedeutung, wo größere Lager dieses Stoffes vorkommen sollen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist soeben das 19. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hier vor: Preußische Großerungspolitik, Friedrich Engels und das Militärische. Von Max Schubel. — Materialismus oder Kantianismus. Von G. Plechanow. — Der Plan einer Monstre-Genossenschaft in Hamburg. Kritik von Adolf Braun. — Berliner Theater. Von F. Mehring. — Notizen: Galvano-Glühkörper. Von F. M. Grenze. — Freileitung: Von Gericht. Von Alexander Dubischew. Überzeugt von Walther Baumhoff.

W. Liebknecht: „Die Kaiser-Drohpe“ oder „Wie Kriege gemacht werden“, ist soeben in siebenter Auflage vermehrter Auslage erschienen. Diese Neuauflage enthält einen besonderen Nachtrag, bestehend: Die Kaiser-Drohpe und Bismarck nach, in dem der Verfasser rücksichtslos die Veröffentlichungen des Bush, sowie Bismarck's Gedanken und Erinnerungen einer eingehenden Kritik unterzieht. Die 7½ Bogen starke Drohpe ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteur zu dem Preise von 80 Pf. zu beziehen.

Blattlässe.

Gelnstadt. Es war uns schon ein Bericht über die Versammlung in Königslutter zugangen und befand sich bereits in der Druckerei, als Ihr Bericht hier einging. Zwei Berichte über eine Versammlung können wir aber doch nicht bringen; wir legen daher den Druckten zurück.

Berlin. (Krankenkasse). Wir müssten für Ihren Brief 20 Pf. Strafporto zahlen.

Magdeburg. Es ist sehr unmöglich, in Nr. 6 noch das eingelande Material bringen zu können.

Abrechnung

über den Maurerstreit in Flensburg

vom 4. Juli 1898 bis 6. Februar 1899.

Einnahme.

Aus dem Centralstreitfonds.....	M. 15968,95
Beiträge der für die neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen.....	2919,18
Von dem am Ort befindlichen Gewerkschaftsratell.....	970,01
Den Zimmergefeilen für Versteigerung d. Haushalte.....	16,-
„A. Andreisen.....	150,-
größeres Geschäft.....	149,-
Bürofaziale Reisegeb.	9,85
Auf Sammellisten gesammelt.....	59,60
Bürofaziale Unterführung.....	10,-
Sonstige Einnahme.....	89,60
Summa.....	M. 20288,08

Ausgabe.

Für Unterführung der Streitenden.....	M. 18028,87
Streitunterführung an freitrende Kollegen, die den Ort verlassen haben.....	971,20
Fernhaltung des Buzuges.....	887,85
Fortschaffung zugezogener Kollegen.....	700,65
Rechtschafftung und Unterführung Inschaftritter.....	71,60
Drucksachen, Portos und Schreibmaterialien.....	72,21
sonstige Ausgaben.....	84,50
Summa.....	M. 20288,08

Bilanz.

Einnahme..... M. 20288,08

Ausgabe..... „ 20288,08

Flensburg, den 6. Februar 1899.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Die Medizoren:

G. Neiß. D. Peck. A. Krause.

Für die Streikkommission:

G. Lüthje. G. Osten. Franz Meyer.

Abrechnung

über den Maurerstreit in Mügeln b. Dresden.

Einnahme.

Aus dem Centralstreitfonds.....	M. 1811,78
Aus der Votafasse der am Ort befindlichen Verbandszahlschule.....	127,41
Beiträge der für die neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen.....	549,-
Von dem am Ort befindlichen Gewerkschaftsratell.....	71,-
der Braun'schen Faktur.....	21,45
einem Fremden.....	1,-
Summa.....	M. 2374,64

Ausgabe.

Für Unterführung der Streitenden.....	M. 1232,05
Neuunterführung an freitrende Kollegen, die den Ort verlassen haben.....	88,84
Fernhaltung des Buzuges.....	522,06
Fortschaffung zugezogener Kollegen.....	318,47
Rechtschafftung und Unterführung Inschaftritter.....	166,87
Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien.....	15,90
Plätze und Reinigung des Votals.....	17,30
sonstige kleine Ausgaben.....	18,86
Summa.....	M. 2374,64

Bilanz.

Einnahme..... M. 2374,64

Ausgabe..... „ 2374,64

Mügeln, den 18. Dezember 1898.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Die Medizoren:

Otto Bachmann. Joseph Reichel. Franz Sorge.

Für die Streikkommission:

Dominikus. Franz Pirchse. Gustav Niemer.

Zentral-Verband
der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands.
Sitz Hamburg.

Bekanntmachung.

Vom Vorstande bestätigt
sind alle bis jetzt neu gewählten Verwaltungsbeamten, soweit
dieselben angemeldet wurden.

Von einer größeren Anzahl Wahlstellen sind die neuen Ver-
waltungen noch nicht angemeldet. Wir erachten, die Anmeldung
reicht bald zu besorgen, damit wir das neue Abstimmungsergebnis
feststellen können. Neue Adressen, die uns nicht bis zum
1. März mitgeteilt werden, können für das Ergebnis keine
Bedeutung mehr finden.

Zu den Delegiertenwahlen.

Betreffend die Wahl der Delegierten zum Verbandsstags
wird darauf hingewiesen, daß die ausgeschriebenen Stichwahlen
bis zum 20. d. M. beendet sein müssen. Die Wahlprotokolle
müssen spätestens bis zum 27. d. M. eingesandt werden.

Der in der 126. Wahlausstellung gewählte Delegierte heißt
nicht, wie ursprünglich angegeben, Mölling, sondern Nehls.

Weizsäcker auf die Besammlung in Nr. 4, betreffend
die Wahl des Kollegen Tonndorf in Gera, 86. Wahl-
ausstellung, und den gegen die Wahl erhobenen Protest, geben
wir hiermit bekannt, daß sich der Protest dadurch erledigt hat,
daß der Gewählte auf die Ausübung seiner Mandats ver-
zichtet. Es ist dadurch eine Neuwahl in der betreffenden Wahl-
ausstellung notwendig geworden. Dieselbe wird hiermit an-
geordnet, mit dem Bemerk, daß die Wahl bis zum 20. d. M.
unter den für die Wahlwohl gültigen Bestimmungen des Wahl-
reglements stattzufinden hat. Das Wahlprotokoll muß bis
spätestens den 27. d. M. hier eingegangen sein.

Der Vorstand.
G. A.: Th. Dömekburg, Vorsitzender.

In der Zeit vom 1. bis 7. Februar 1899 sind folgende
Beiträge bei mir eingegangen:

Hauptklasse.

Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 589,21,
Hörnsdorf 44,59, Riesa i. Sachsen 20,24, Barop-Homburg 18,60,
Dresdenheim 38,60, Mittweida 180, Oberhaußen i. Amt 20,78,
Krennach 8,40, Beuden i. O. 20,78, Dörsdorf 17, Rhein-
gönheim 11,72, Glimbach 7,60, Roth bei Leinhausen 3,58,
Oberlöse 14, Vergedorf 74,78, Dörsdorf 14,07, Trabemünde 68,10,
Rahl 45,74, Aplersdorf 86,76, Bautzen i. Vogtl. 26,79, Hagenau
18,76, Dörsdorf 16,16, Niederflorstadt 9, Aßfurt i. Sachsen
2,25, Höhle a. Main 60, Bremke 45, Bütgen 27,75, Berghausen
(Westf.) 14,20, Summa M. 1827,60.

Streifkonto.

Fülligshausen (16. Januar) M. 10,86, Hörnsdorf 2,40, Riesa
in Sachsen 11,10, Barop-Homburg 1,80; Dresdenheim 14,20,
Oberhaußen (Wohlendorf) 18,80, Glimbach 2,00, Bautzen 7,10,
Stationärsbeitrag 20,10, Taudernünde 1,50, Rahl 2,10,
Aplersdorf 172,80, Hagenau 4,90, Wültemberg an der Ruhr 30,
Summa M. 494,96.

Für gelieferte Flugblätter.

Bremenbeck M. 4, Friedenheim 2,80, Schwelm (W. 400-
tausend) 4, Summa M. 11,80.

Die Zahlstellen-Kassier resp. Einsender von Geldern werden
erachtet, auf den Postabnahmen genau anzugeben, wofür das ein-
gefandene Geld bestimmt ist.

Hamburg, den 7. Februar 1899.

G. A. Nefler.

Hamburg-St. Georg, Neue Bremerstr. 16, 1. Et.

Zentral-Krankenkasse

der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Blattkätheure
Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (e. b. Nr. 7).

Für die Woche vom 29. Januar bis 4. Februar sind folgende
Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Friedrichs-
hagen M. 150, Wandsbek 60, Bogen 60, Summa M. 260.

Zusätzlich erhalten: Erfurt M. 300, Breslau 300, Altona 200,
Wolfs-Michelbach 200, Mannheim 200, Halle a. d. S. 200,
Dresden 200, Halberstadt 150, Bürstadt 121,50, Frechenbach 100,
Leipzig-Meuthen 100, Luther a. Vogt. 94,50, Niederbreisig 75,
Völklingen 2,50, Summa M. 2201.

Altona, den 4. Februar 1899.

Karl Nefler, Hauptkassier, Friedrichsbadestraße 28.

Anzeigen.

(Schluß für Anzeigen. Annahme Dienstags Morgens 8 Uhr.)

Nachruf.

Am 8. Februar starb nach langem Leiden an chronischem
Haftleiden unser Verbandskollege

Fritz Brandt.

Ehre seinem Andenken!
Die Zahlstelle Herford.

Nachruf.

Am 19. Januar starb nach kurzem Krankenlager an
Lungenentzündung unser treuer und ihrtiger Kollege

Julius Grottker.

Ehre seinem Andenken!
Die Zahlstelle Mülheim a. d. Ruhr.

Kahnt & Richter,

Altenburg (S.-A.),

Spezialfabrik für Wasserwagen, Senklothe etc.



Wir machen die gesuchten Maurer und Bau-
handwerker auf unsere unter nebenstehender
Nummer geschäftlich geschätzte

Wasserwage

aufmerksam. Diese kann bei Ungenauigkeit
von Feuermann selbst reguliert werden!
Sie haben in jeder Eisenwarenhandlung,
nicht direkt aus der Fabrik. Bei Bedarf berufe
man sich auf unsere Firma.

Zentral-Krankenkasse der Maurer Zahlstelle Kiel.

1. Bevollmächtigter: K. Sommerfeld, Wohnung:
Schauenburgstraße 5. 1. Kassier: F. Koharg.
Vom 1. März ab finden die Zahlstags nur noch
Sonntags von 8—10 Uhr Abends in der Maurer-
herberge statt. [M. 2,70]

Aufforderung.

Alle Delegierten, die Auskunft geben können über den
Aufenthalt des Maurers August Witt aus Hamburg
werden gebeten, Mitteilungen an die Eltern gelangen zu lassen.
Porto wird durch erstattet. A. Witt.

Hamburg, An der Bürgermeisterstraße 7, S. 10, 1. Et.

Aufforderung.

Alle Maurer, die im Jahre 1898 in Trierlohn auf der
Alexanderhöhe bei dem Unternehmer Dinkloh gearbeitet
haben, werden erucht, dem Unternehmern Mitteilung darüber
zugeben zu lassen, wann sie bei Dinkloh in Arbeit traten und
wann sie dieselbe verliehen. Besonders werden die Magdeburger
Kollegen um Beachtung dieser Angelegenheit gebeten. Da es
sich um eine wichtige Sache handelt, sind die Mitteilungen
notwendig zu machen.

Heinrich Kalb,
Bevollmächtigter der Zahlstelle Trierlohn, Luisenstr. 7.

Mülheim a. d. Ruhr.

Der vorgeblich fremd geschriebene Maurer Herm.
Hundemann, gebürtig aus Bremen, wird hierdurch
aufgefordert, seine Verpflichtungen gegen den Verbandsarbeiter
Noll, hierfür nachzukommen. [M. 2,10]

Die örtliche Verwaltung.

Quittung.

Für den abgebrannten Kollegen Heinrich Dresbach
in Sonnenberg b. Wiesbaden sind folgende Gelde ein-
gegangen: Von Zahlstelle Bonn M. 8,40, Hechtsheim 8,40,
Münster i. W. 10, Maurod 8,90, Schloss 5,90, Karl-Lutz in
Kambach —, Ungeanuit —, 20.

Indem wir im Namen des abgebrannten Kollegen den
Geboren unserer herzlichsten Dank sagen, bitten wir unsere
Berufscollegen um weitere Gaben, da Unterstützung dringend
noch thut. Zur Entgegennahme von Unterstützungen ist bereit
der Bevollmächtigte Kollege Heinrich Kohler, Langgasse 19.
Die Zahlstelle Sonnenberg b. Wiesbaden.

Quittungsmarken,

Postfondsmarken, Streifkondsmarken,
Ausstellungskarten, Kontrollkarten, Sammelkarten,
Druckarbeiten liefern sauber und preiswert
Conrad Müller,
Schkeuditz-Leipzig. Schkeuditz-Leipzig.
Illustrirte Preislisten gratis.

Quittungsmarken und Kautschukstempel

Bestellt seit 20 Jahren für tausende
Fassen und Vereine
Jean Holze, Hamburg, Gr. Drehbahn 45.
Verlag sozialistischer Bilder.
Illustrirte Preislisten gratis und franco.

Fraktionsbild der sozialdem. Partei 1898.



• Versammlungs-Anzeiger •

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der beim Erscheinungstage
der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche für den Kreis vor
neue zwei Seiten zur Verfügung gestellt. Die Anzeigen müssen für jede
Versammlung eingelöst werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, 12. Februar:
Bitterfeld: Raum 3 Uhr im Delauer'schen Rosal. Besuchern sämtlicher Kollegen
Gelnhausen: Raum 3 Uhr. Die Kollegen werden dringend erucht. Raum.

Neubukow: Wahl eines Delegierten und der örtlichen Verwaltung.
Generalversammlung 11 Uhr Morgens. Ein plakativer Ge-
Schöninghen: Raum 3 Uhr im Stepp'schen Cortenloft. Wir machen die Kollegen
Neubukow auf diese Versammlung aufmerksam.
Teuchern: Raum 3 Uhr im Gaffel "Zur Sonne". Alle Mitglieder müssen
er scheinen.

Montag, 13. Februar:
Liegnitz: Abends 3 Uhr im "Goldenen Frieden", Vogauerstraße. Das Ge-
scheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Sonnabend, 18. Februar:
Gotha: Raum 3 Uhr: Mitgliederversammlung. Das Erscheinen eines jeden
Mitgliedes ist notwendig.

Extra-Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Sämtliche Mit-
glieder müssen wegen Widrigkeit der Tagessordnung erscheinen.

Sonntag, 19. Februar:
Nürnberg: Wegen Verlegung der Versammlung müssen die Mitglieder zahl-
reich erscheinen.

Sonntag, 23. Februar:
Berlin IV. (Gesetzgeber) Abends 3 Uhr bei Schiller, Rosenthalerstr. 67.

Dessensche Maurerversammlungen.

Sonntag, 12. Februar:
Neuhaldensleben: Raum 3 Uhr. Tagessordnung wichtig. Erscheinen alle
notwendig.

Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co.
in Hamburg.

J. Blume & Co., Hamburg.



J. Blume & Co., Hamburg.

Taglicher Versand
unserer bekannten, echt
englisch: Lederner und
Mancheste

Arbeits-Artikel
und Taschen-Gaden.
Musterr
u. Preisvorrant gratis.

W. Ad. Langer, Leubsdorf i. Sachs.,
liest direkt an-Private und Gewerkschaftsvereine frei in's
Haus zum niedrigsten Konkurrenzpreise seine bewährten

Double-Leder-Hosen

in silbergrau, weiß, gebleicht und dattelbraun, ohne
Abreiter, sammetweich, mit Saatzwirren genäht, mit
präzisierter Schniegenecke und ledernen Seitentaschen, mit
vernickelten Patentknöpfen, ganz stark, 186 Schuh pro
Zoll gegeben, normale Größe, von 70—84 cm Schuhlänge und
88—104 cm Leibweite (kleinstes Nummer von normal 24 Z.,
größte 2 1/2 schwarz), Paar M. 4,5, mittelstark, 175 Schuh per
Zoll do. (2 1/2 und 2 1/2 schwarz), Paar M. 4,50. Über normal
4 & mehr, unter normal 60 & weniger. Garantie für guten
Gang bei Angabe der Schuhlänge und Leibweite.

Geschäftsprinzip und Verlandbedingung: streng öffentlich
und probengerechte Bedienung.